

# Doppelhaushalt 2011/2012

Einbringung in den Gemeinderat  
8. Februar 2011

Oberbürgermeister  
Dr. Dieter Salomon

Erster Bürgermeister  
Otto Neideck

Rede

zur Einbringung

Doppelhaushalt  
2011/2012

am 8. Februar 2011

Oberbürgermeister  
Dr. Dieter Salomon

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bürgermeisteramt legt heute dem Gemeinderat den Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2011 und 2012 vor. Die Einbringung geschieht diesmal um rund fünf Monate später als beim letzten Doppelhaushalt, der bereits im Dezember 2008 und damit vor Beginn des Haushaltszeitraums verabschiedet war. Ein solch rechtzeitiger Zeitplan war diesmal nicht sinnvoll. Wir befinden uns im Moment in einer Zeit sich rasch verändernder Rahmenbedingungen. Das ist besonders mit der Steuerschätzung vom November 2010 deutlich geworden, mit der die Rahmenbedingungen für den jetzt anstehenden Doppelhaushalt neu gesetzt wurden.

Mit einem neuen Haushalt, meine Damen und Herren, beginnt nicht etwa ein neues Kapitel der Stadtpolitik und wird auch kein altes Kapitel abgeschlossen, sondern der Haushalt ist ein Zwischenstand einer kontinuierlichen Entwicklung, oder einfach formuliert: eine Wasserstandsmeldung. Klar ist aber auch: Um den Entwurf des kommenden Doppelhaushalts verstehen und richtig verorten zu können, muss man auch auf den letzten Haushalt und die Haushalte in den Vorjahren zurück schauen.

Meine Damen und Herren, wir kommen aus vier Haushaltsjahren, 2007 bis 2010, die die Prädikate glücklich und erfolgreich verdienen. Glücklich, weil günstige Umstände mit einer guten Einnahmeentwicklung einerseits und eigene Anstrengungen andererseits uns in die Lage versetzt haben, gut zu wirtschaften und Schulden zurückzuzahlen statt neue Schulden aufzunehmen. Wir haben dieses zum Teil von außen kommende, aber auch selbst erwirtschaftete Glück für eine Konsolidierung des Haushalts genutzt. Erfolgreich waren die vier Haushaltsjahre, weil wir in dieser Zeit sehr viele Vorhaben beginnen konnten und viele auch gut abschließen konnten. Ich nenne beispielhaft für viele andere die Schulen. Herr Neideck und ich werden noch auf einzelne Projekte im Detail zu sprechen kommen.

Diese Bewertung eines glücklichen und erfolgreichen Jahres gilt auch noch für 2010, selbst wenn wir beim Nachtrag im letzten Sommer bereits deutliche Bremsspuren in Kauf nehmen mussten. Die Einnahmeentwicklung war deutlich schlechter als 2007 bis 2009, der geplante weitere Schuldenabbau muss-

te zurückgestellt, und die Rücklagen weitgehend aufgelöst werden. Dennoch wurde das Investitionsniveau auf höchstem Stand gehalten.

Meine Damen und Herren, wie kam es zu dieser Haushalts-Entwicklung, und wie haben wir sie für eine kontinuierliche Stadtentwicklung nutzen können? Die Gründe sind mehrfach dargestellt worden, deshalb möchte ich es bei einer kurzen und zusammenfassenden Darstellung belassen.

Auf der Einnahmeseite waren es vor allem die großen Positionen Finanzausgleich und Einkommensteuer, die beginnend mit dem letzten Quartal 2006, dann mit Macht ab 2007 zu erheblichen Mehreinnahmen geführt haben. Sie haben – allerdings mit zuletzt fallender Tendenz – bis 2010 angehalten. Dies waren im Wesentlichen Veränderungen von außen, die von der Stadt nicht oder nur sehr bedingt zu beeinflussen waren.

Auf der Ausgabenseite haben wir Einfluss nehmen können und dies auch getan. Hier kam uns zugute, dass wir ab 2003 kontinuierlich und mit großem Engagement für die Konsolidierung des Haushalts gearbeitet haben, indem wir den laufenden Aufwand, die „Eigenkosten“ vor allem bei Personal massiv gesenkt haben, die Verwaltung neu organisiert und effektiver gestaltet haben, und durch die Fusion von Ämtern oder die Ausgliederung von Ausgaben in acht Haushaltsjahren 2003 – 2010 gut 200 Millionen Euro eingespart haben. Dies fing langsam an und macht heute ca. 40 Millionen Euro pro Jahr im „Konzern Stadt“ aus. Das bedeutet: Außer den eigenen und unmittelbar wirksamen Entlastungen unseres Haushalts sind diese Zahlen auch ein Spiegel dessen, was auf der Ebene der Gesellschaften geleistet worden ist, weil die dort erreichten Effekte ja ebenfalls relevant sind und sich auf den Haushalt auswirken. An anderer Stelle werden wir darauf noch einmal zu sprechen kommen.

Ich erwähne dies deshalb so ausführlich, um die Relationen zwischen günstigen Einflüssen von außen beim Finanzausgleich und der Einkommensteuer einerseits, und den Ergebnissen unserer eigenen Anstrengungen andererseits deutlich zu machen. Beide Faktoren waren entscheidend. Ohne die Verwaltungsreform und die Haushaltskonsolidierung aus eigener Kraft hätten die Mehreinnahmen von außen nicht ausgereicht, um vier Jahre auf Rekordniveau investieren und gleichzeitig Schulden zurück zahlen zu können, um wichtige Projekte der Infrastruktur anzupacken und Versäumnisse aus der

Vergangenheit aufarbeiten zu können. Diese „Luft nach oben“ haben wir mit eigenen Anstrengungen erarbeitet.

Meine Damen und Herren, wichtiger als die Frage des „Was“ ist für mich die Frage des „Wie“, also die Frage, wie wir diese gute Entwicklung genutzt haben. Der Gemeinderat und das Bürgermeisteramt hatten sich damals auf Ziele verständigt und diese Ziele zum Maßstab der Stadtpolitik gemacht:

An erster Stelle stand das Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts, mit der Betonung auf Nachhaltigkeit. Wir haben die Gunst der guten Jahre dazu genutzt, neben den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur Schulden zurückzuzahlen, und dies in einem Ausmaß, das in der jüngeren Geschichte der Stadt einmalig ist. In den Jahren 2007 bis 2009 sind rund 51,5 Millionen Euro an alten Krediten zurück gezahlt worden.

Wir bewegen uns heute mit einem aktuellen Stand von rund 284 Millionen Euro knapp unter dem Verschuldungsniveau des Jahres 1993, also bevor die damals neuen Länder 1995 in den Länderfinanzausgleich einbezogen wurden, was damals für die alten Bundesländer und ihre Kommunen enorme Belastungen bedeutete.

Zu diesen vereinbarten Zielen von Gemeinderat und Verwaltung gehörte auch, die Gunst der guten Jahre für Investitionen in die Infrastruktur zu nutzen. 2009 lagen die Investitionen bei 67 Millionen Euro, und 2010 bei rund 81 Millionen Euro einschließlich der Mittel des Konjunkturpakets; der ursprüngliche Haushaltsansatz belief sich sogar noch auf 90 Millionen Euro. Diese Mittel sind vor allem in Schulen und Kindergärten, in Straßen und Brücken, in Kultureinrichtungen, in die Förderung des Wohnungsbaus, in Klimaschutzprojekte und in viele weitere Einzelmaßnahmen geflossen. Dies sind Investitionen gewesen, die städtisches Vermögen im Wert gesichert und vergrößert haben. Wir haben das Konjunkturpaket, in der Summe rund 19 Millionen Euro, bis zum letzten Cent für sinnvolle Vorhaben in den Bereichen Bildung und Kultur ausschöpfen können. Insoweit hat das Konjunkturpaket seinem Namen alle Ehre gemacht: Zusammen mit unseren eigenen Projekten war der letzte Doppelhaushalt tatsächlich ein städtisches Konjunkturprogramm für die lokale und regionale Bauwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir haben uns von der Gunst der guten Haushaltsjahre aber nicht verführen lassen. Sondern wir sind diszipliniert geblieben, haben am Ziel der Haushaltskonsolidierung und des sparsamen Umgangs mit unseren Ressourcen festgehalten. Wir haben auch Kurs gehalten, was die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Stadtpolitik angeht. Es sind im Wesentlichen fünf wichtige Themen, auf die wir uns konzentriert haben und weiter konzentrieren werden:

- Die weitere Konsolidierung unseres Haushalts, wie bereits erwähnt, durch die Weiterführung der Verwaltungsreform, und durch das langfristige Ziel von Kostenreduzierung im eigenen Haushalt und bei den Beteiligungen, und vor allem durch die weitere Rückführung der städtischen Schulden.
- Das Thema Bildung, von der frühkindlichen Bildung im Vorschulalter bis zum Prinzip des „Lebenslangen Lernens“. Das heißt konkret: Gute Schulen, Kindergärten, Betreuungseinrichtungen, aber auch die Änderung der Strukturen innerhalb der Bildungslandschaft. In diesem Hause herrscht große Einigkeit, dass eine weitere Steigerung der Ausgaben für Bildung der Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration und zu mehr Chancengerechtigkeit ist.
- Die bauliche Entwicklung der Stadt, und hier vor allem der Wohnungsbau, indem wir durch Bebauungspläne Baurechte für neue Wohnungen schaffen, und indem die Freiburger Stadtbau ihr Neubau- und Sanierungsprogramm weiterführt. Wohnen muss für die Menschen bezahlbar bleiben. Dieses Ziel erreichen wir, indem wir durch Baurechte und Anreize für Bauherren einen in Angebot und Nachfrage ausgeglichenen Wohnungsmarkt schaffen.
- Der große Sektor der ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung, mit dem Schwerpunkt Klimaschutz. Wir haben dafür mit den Klimaschutzbeschlüssen von 2007 und 2008 einen Rahmen geschaffen, der mit Leben erfüllt wird. Dazu sind viele konkrete Maßnahmen umgesetzt; ich erwähne hier beispielhaft den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder die Einführung des Passivhausstandards. An das bereits Geleistete gilt es erfolgreich anzuknüpfen.

- Und es ist schließlich das weite Feld der Kultur mit den städtischen Einrichtungen und den vielen privaten Gruppen und Initiativen, die in ihrer Summe die Vielfalt und Buntheit der urbanen Kultur ausmachen. Ich nenne als herausragendes Beispiel die Sanierung des Augustiner-museums, aber auch den Bau des Kunstdepots, oder die Sanierung des E-Werks.

Meine Damen und Herren, richten wir an dieser Stelle den Blick auf die Themen, die nicht unmittelbar aus dem Haushalt ablesbar sind. Wie entwickeln sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt? Wo stehen wir in der Umsetzung der vorgenannten politischen Schwerpunkte, vor allem in den beiden Feldern bauliche Stadtentwicklung/Wohnungsbau, Klimaschutz und Bildung? Sie gehören in die Rückschau auf die Vorjahre, weil sie unmittelbare Auswirkungen auf die Stadtfinanzen haben, und weil Stadtpolitik den Rahmen für diese Entwicklungen setzt.

Deshalb an dieser Stelle einige Worte zur Lage der Wirtschaft. Das Jahr 2010 hat mit einem Beschäftigungsrekord abgeschlossen. Zum ersten Mal ist die Zahl von 103.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten überschritten worden, mit einem Zuwachs von 2,4 Prozent – oder fast 2.400 Personen – gegenüber dem Vorjahr. Wenn wir die Beamten, Freiberufler, Selbstständigen und mitarbeitenden Familienangehörigen hinzu rechnen, die in Freiburg einen großen Anteil ausmachen, dann dürfte die Gesamtzahl der Beschäftigten inzwischen die Marke von 150.000 überschritten haben. Beim Zuwachs an Beschäftigten liegt Freiburg einmal mehr im Vergleich der Stadtkreise an der Spitze mit einem Plus von 26,1 Prozent oder 21.400 Arbeitsplätzen seit dem Jahr 1987; hier sei nur erwähnt, dass der Industriestandort Stuttgart im gleichen Zeitraum genau so viele Arbeitsplätze verloren wie Freiburg gewonnen hat.

### **Anlage 1: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1987 – 2010**

Dies spiegelt sich auch in der Arbeitsmarktstatistik wieder. Mit einem Durchschnitt von 6,4 Prozent im Stadtkreis Freiburg, mit weiterhin fallender Tendenz, haben wir die seit vielen Jahren niedrigste Arbeitslosenquote erreicht.

**Anlage 2: Arbeitslosenquote Region Freiburg und Ländervergleich  
Dezember 2010**

Meine Damen und Herren, wichtiger als die nackten Zahlen ist der Blick darauf, in welchen Branchen der Wirtschaftsstandort Freiburg zugelegt hat. Unsere Wachstumsmotoren heißen Bildung, Forschung und Entwicklung, Gesundheit und Sozialwesen sowie Umweltwirtschaft. Das sind Branchen mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten und guten Zukunftsaussichten. Ich nenne hier nur eine Zahl: Die fünf Freiburger Fraunhofer-Institute beschäftigen inzwischen rund 2000 Menschen und sind damit einer der größten Arbeitgeber nach der Uni, den Kliniken und der Stadt. Deshalb ist der langfristige wirtschaftspolitische Kurs richtig, und wir werden dafür arbeiten.

**Anlage 3: Beschäftigte 1987 – 2010 in den Stadtkreisen und Land**

Ich erwähne als zweites Beispiel die bauliche Entwicklung mit Wohnungsbau und hier vor allem die Rolle der Freiburger Stadtbau. Meine Damen und Herren, Ende 2010 haben Herr Schröder-Klings und ich als Schlussbilanz des Referats Stadtentwicklung und Bauen und mit der Einrichtung des neuen Baudezernats eine Übersicht vorgelegt, was in den letzten vier Jahren durch neue Bauflächen und die Schaffung von Baurechten geschaffen worden ist. Ich will nur wenige Eckpunkte nennen:

- In vier Jahren wurden 78 Bebauungspläne als Satzung verabschiedet, und 50 weitere sind noch im Verfahren – fast ausnahmslos übrigens Pläne, mit denen Baurechte für neue Wohnungen generiert worden sind oder noch geschaffen werden.
- Es sind Baurechte für rund 3000 Wohnungen geschaffen worden, von denen die meisten inzwischen auch gebaut oder im Bau sind.
- Noch nie in ihrer jüngeren Geschichte investiert die Freiburger Stadtbau so viel in den Wohnungsbau, und auch noch nie in die Sanierung ihrer Altbestände. 2011 und 2012 stehen im Stadtbauverbund einschließlich FKB insgesamt rund 110 Millionen Euro im Wirtschaftsplan bzw. in der Finanzplanung. Die Stadtbau kann das, weil die Stadt die Gesellschaft durch Aufstockung des Eigenkapitals in den vergangenen Jahren gestärkt hat. Es ist nicht so, wie gelegentlich behauptet, dass

die Stadt ihren Haushalt mit den Gewinnen der FSB saniert. Jeder Cent bleibt in der Stadtbau. Anders könnte die Gesellschaft dieses Neubau- und Sanierungsprogramm gar nicht stemmen.

- Zu diesen Fakten gehört auch eine Statistik der Durchschnittsmieten in Deutschland, berechnet nach den Mietspiegeln. Dort liegt Freiburg keineswegs an der Spitze, sondern auf Rang 20, mit einem Mietniveau von 15 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, hinter München und Stuttgart (was niemanden verwundert), aber auch hinter Köln, Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt und Heidelberg. Der letzte Mietspiegel hat eine Mietpreissteigerung von 2,1 Prozent in zwei Jahren festgestellt, das ist deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, das sind Belege dafür, dass die politischen Weichenstellungen dieses Gemeinderats und des Aufsichtsrats der Stadtbau greifen. Jede neue Wohnung entlastet den Markt und dämmt die Mietsteigerungen. Deshalb ist es richtig, dass die Stadtbau investiert und dazu auch in die Lage versetzt wird. Nur so kann sie ihrem sozialen Auftrag gerecht werden, Wohnungen für Menschen mit kleinem Geldbeutel zur Verfügung zu stellen, mit Mieten deutlich unter dem Niveau anderer Wohnungsbauunternehmen.

Deshalb ist es auch richtig, dass wir Wohnungsbauflächen ausweisen und Baurechte schaffen. Freiburg ist eine wachsende Stadt und wird es noch einige Jahre bleiben. Der Bedarf an Wohnraum wird weiter anhalten, auch wenn das Bevölkerungswachstum stagniert. Dafür müssen wir Vorsorge treffen. Wir brauchen Projekte wie Gutleutmatten und viele andere, die Neubauprogramme der Stadtbau und der privaten Wohnungsbauträger.

Damit können wir daran anschließen, was mit den beiden Stadtteilprojekten Rieselfeld und Vauban erfolgreich begonnen worden war und zu einem heute weitgehend ausgeglichenen Wohnungsmarkt geführt hat.

Ich greife hier bewusst den Begriff Nachhaltigkeit auf. In Wohnungen investieren und den Menschen ein Dach über dem Kopf geben, das sie auch bezahlen können – das ist nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ist auch deshalb nachhaltig, weil wir heute dank energetischer Standards und/oder erneuerbaren Energien und flächensparendem Bauen mit unseren Ressourcen sorgsamer umgehen als es früher üblich war. Mitte März wird das Haus Bugginger Stra-

Be 50 eröffnet. Es ist in Deutschland das erste Hochhaus aus den 1960er Jahren, das nach Passivhausstandard saniert wurde.

Ab diesem Jahr gilt der Passivhausstandard bei solchen Neubauprojekten, auf die wir über städtebauliche Verträge oder Grundstücksvergaben selbst Einfluss nehmen können. Wir wenden diesen Standard bereits jetzt im Sinne eines guten Vorbilds bei unseren eigenen und FSB-Neubauvorhaben und Sanierungen an. Meine Damen und Herren, dies hat dazu geführt, dass wir das Reduktionsziel von 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2030 in unserem eigenen Gebäudebestand inzwischen erreicht haben.

Und schließlich gehört hierher die Feststellung, dass wir trotz der schwierigen Haushaltsslage in einem wichtigen Sektor Kurs halten, nämlich beim Programm „Wärmeschutz im Altbau“. Es kann durch Umschichten auf dem bisherigen Niveau gehalten werden. Die Erfahrung zeigt, dass ein Euro Förderung 7 Euro an privaten Investitionen auslösen. Wärmedämmung im Altbau und effektive Standards für Neubauten setzen bei den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten an, und bringen den größten Effekt für den Klimaschutz.

Ich erwähne als viertes Beispiel im Rückblick die inhaltlichen und strukturellen Veränderungen in unserer Schul- und Bildungslandschaft. Sie sind gewissermaßen die Software neben der Hardware, nämlich den baulichen Investitionen in Schule und Bildung. Der 2. Bildungsbericht dokumentiert, welche Fortschritte in den letzten zwei Jahren erreicht worden sind. Das ist das Ergebnis einer Stadtpolitik, die Bildung als Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit versteht. Ein Beispiel: Der Anteil ausländischer Jugendlicher, die den Hauptschulabschluss nicht schaffen, hat sich in zwei Jahren halbiert. Wir sprechen hier über Lebenschancen junger Menschen, die im Vergleich zu anderen benachteiligt sind. Alle Pisa-Studien und alle Fachleute mahnen an, dass Bildung eine Schlüsselqualifikation für Integration ist. Deshalb war es richtig, gezielt in die Sprachförderung, in Schulsozialarbeit oder in begleitende Förderprogramme an der Schnittstelle zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung zu investieren. Diese Programme zeigen jetzt Wirkung.

## **Entwurf des Doppelhaushalts 2011 und 2012**

Meine Damen und Herren, wenn ich an dieser Stelle eine Zwischenbilanz unter 2010 und die Vorjahre ziehe, so ist dies grundsätzlich eine gute Ausgangslage für die nächsten zwei Jahre. Der Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 steht, bei allen Schwierigkeiten als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 in der Kontinuität dieser dargestellten guten und erfolgreichen Jahre.

Aber der vorliegende Haushaltsentwurf macht eben auch deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen, zumindest für die nächsten zwei Jahre, massiv geändert haben. Darauf reagiert das Zahlenwerk, das wir Ihnen heute vorlegen. Wir verzeichnen durch Einflüsse von außen Rückgänge bei den wichtigsten Einnahmepositionen des Finanzausgleichs, womit unsere Handlungsspielräume deutlich kleiner werden. Nach heutigem Stand wird nicht nur die Mindestzuführung nicht erreicht, sondern wir werden so genannte Ersatzdeckungsmittel einsetzen, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen.

Wir werden bei den Investitionen strecken und schieben, um die kommenden zwei Jahre zu überbrücken. Zusätzlich wollen wir uns verpflichten, im Verwaltungshaushalt eine globale Minderausgabe von jährlich 6 Millionen Euro zu erwirtschaften.

All diesen Veränderungen zum Trotz legen wir Ihnen mit dem Entwurf heute ein tragfähiges Gerüst für die Stadtfinanzen der kommenden Jahre vor. Für uns ist entscheidend, dass wir damit politisch handlungsfähig bleiben. Nach den Gesprächen, die wir im Vorfeld mit dem Regierungspräsidenten geführt haben, ist dieser Haushaltsentwurf auch genehmigungsfähig, sofern wir bis zum Satzungsbeschluss im Mai in diesem Rahmen bleiben.

### **Entwicklung des Doppelhaushalts: Ursachen**

Meine Damen und Herren, ehe wir zu einzelnen Festlegungen des Doppelhaushalts kommen, lassen Sie mich über die Gründe sprechen, die zu den jetzt vorliegenden Zahlen geführt haben. Herr Neideck wird noch im Einzelnen auf die Eckwerte eingehen.

### **Anlage 4: Eckwerte Doppelhaushalt 2011 / 2012**

Vor der Klammer steht eine wichtige Feststellung. Die jetzige Lage ist allein durch Einflüsse von außen verursacht, und wenn man die Systematik des Finanzausgleichs kennt, ist sie auch keine Überraschung. Wer die Finanzberichte der letzten 15 Monate aufmerksam verfolgt hat, hat frühzeitig erkennen können, was in diesem Doppelhaushalt auf uns zukommt. Der Rückgang der Einnahmen hat uns also keineswegs aus heiterem Himmel getroffen.

Wir erfahren in diesem und im kommenden Jahr in unserem Haushalt die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und vor allem des Hauptkrisenjahres 2009. Obwohl wir in Deutschland im letzten Jahr das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung hatten, wird es voraussichtlich bis mindestens zum Doppelhaushalt 2013/2014 dauern, ehe wieder das Niveau der Steuereinnahmen von 2008 erreicht wird. In der vor drei Jahren beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung, die vor Ausbruch der Finanzkrise aufgestellt wurde, gingen wir aber noch nicht von Einbrüchen, sondern von deutlichen Steigerungen aus. Das Delta zwischen damaliger Erwartung und heutiger Realität ist das Problem, das wir lösen müssen.

Die Krise der Wirtschaft scheint überwunden; für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen war diese schwerste Krise der Nachkriegszeit aber mit massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen und enormen Zusatzausgaben durch die verschiedenen Rettungsmaßnahmen gekennzeichnet.

Der Öffentlichkeit ist es schwer zu vermitteln, dass in dem Moment, als die Krise überwunden scheint, bei uns in den Kommunen die finanziellen Probleme gerade erst richtig anfangen. Wenn man heute die Nachrichten anschaut und die Erfolgsmeldungen über steigende Steuereinnahmen und rückläufige Arbeitslosigkeit liest, dann könnte man meinen, es sei inzwischen alles wieder in Ordnung – oder, je nach persönlicher Betroffenheit: Eigentlich ist gar nichts passiert.

Aber dem ist nicht so. Speziell in Freiburg wirkt sich die Wirtschafts- und Finanzkrise aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs mit einer zeitlichen Verzögerung von rund zwei Jahren, und damit beginnend 2011 aus, weil das Referenzjahr für die Berechnung der so genannten Schlüsselzahl das vorletzte Jahr, also das Hauptkrisenjahr 2009 ist. Diese Schlüsselzahl errechnet sich

aus allen Steuereinnahmen und der Einwohnerzahl als Steuerungsgröße und daraus ermittelt sich die Höhe der Zuweisungen im Finanzausgleich. Die hohe Steuerkraft im Land während der letzten guten Jahre bis 2008 führt nun für Freiburg dazu, dass die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, auf die wir in Freiburg als steuerkraftschwache Stadt mehr als andere angewiesen sind, bei uns nun weit stärker zurück gehen als anderswo. Als steuerschwache Stadt trifft uns die Systematik nun doppelt. Zum einen gibt es auf Landesebene insgesamt eine deutlich geringere Summe zu verteilen. Zum anderen führt die Tatsache, dass wir in Freiburg von der Krise kaum berührt wurden und auch unsere Gewerbesteuererinnahmen stabil blieben, im Finanzausgleich zu unterdurchschnittlich niedrigen Zuweisungen. Dieser Effekt trifft neben Freiburg z.B. auch die Stadt Heidelberg, die ebenfalls keine Einbrüche in der Gewerbesteuer zu verkraften hatte.

Wenn wir die Parallelen dieses zeitlichen Versatzes von zwei Jahren zwischen den Haushalten von Bund und Land auf der einen Seite und unserem Freiburger Haushalt auf der anderen Seite ansehen, dann ist daraus aber die berechnete Erwartung abzuleiten, dass die Ausfälle bei FAG-Zuweisungen und Einkommensteuer zeitlich begrenzt sein werden. Wir gehen deshalb davon aus, dass ab 2013, vorausgesetzt die Konjunktorentwicklung bleibt günstig, mit steigenden Steuereinnahmen bei uns zu rechnen ist. Im Dezember hat der Bundesfinanzminister für 2011 ein Steuerplus von rund 2,5 Prozent im Bundeshaushalt prognostiziert. Der Bundeswirtschaftsminister hat am 19. Januar ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent prophezeit. Dieses Wachstum wird sich, wenn es denn tatsächlich auch eintritt, unmittelbar im Bundeshaushalt durch steigende Steuereinnahmen niederschlagen. Wir hoffen, dann in zwei Jahren in unserem Haushalt davon zu profitieren. Mit anderen Worten spricht alles dafür, dass die jetzige Situation vorübergehend und deshalb auch beherrschbar ist.

Jeder Doppelhaushalt baut auf dem vorangegangenen auf, daher werden wir in der mittelfristigen Finanzplanung – wie auch in diesem Doppelhaushalt - die eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen absichern, damit wir in zwei Jahren viele Dinge kraftvoll weiter führen können, die wir jetzt strecken und schieben müssen.

**Anlagen 5 und 6: Entwicklung der Eckwerte des Haushalts und wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs**

Die beiden Einnahmepositionen Finanzausgleich und der kommunale Anteil an der Einkommensteuer, die uns diesmal besonders belasten, sind nicht von der Stadt zu beeinflussen, sondern sie werden „von außen“ festgesetzt. Wir müssen uns darauf einstellen. Die dritte wichtige Position ist die Gewerbesteuer, auf die wir per Hebesatz in Grenzen selbst Einfluss nehmen können. Sie ist in Freiburg trotz Krise stabil geblieben, und wir gehen davon aus, dass sie auch in Zukunft stabil bleiben wird. Das unterscheidet Freiburg von vielen anderen Städten, in denen die Gewerbesteuer 2009 zum Teil massiv weggebrochen ist.

### **Anlage 7: Entwicklung der Gewerbesteuer**

Fairerweise muss man jedoch hinzu fügen, dass Freiburg trotz einer Steigerung der Gewerbesteuer um 72 Prozent in den letzten 12 Jahren (67 Millionen Euro in 1998) - ein vergleichsweise niedriges Gewerbesteueraufkommen aufweist. Gleichwohl sind 115 Millionen Euro ein wichtiger Posten auf der Einnahmeseite.

Deswegen gehört hierher die Feststellung, dass der Entwurf des Doppelhaushalts keine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer vorschlägt. Wir halten dies für das falsche Signal in einer Situation, in der die Konjunktur wieder Tritt fasst. Dies gilt auch für die Grundsteuer als zweite wichtige eigene Steuer. Die Anhebung vor vier Jahren war mit der politischen Verpflichtung verbunden, die Mehreinnahmen wieder in die Schulsanierung zu investieren. Diese Verpflichtung haben wir Jahr für Jahr eingelöst, aber wir sind bei diesem Programm noch längst nicht am Ziel.

### **Anlagen 8 und 9: Schlüsselzuweisungen und Einkommensteueranteil**

Meine Damen und Herren, alle übrigen wichtigen Haushaltspositionen auf der Einnahmeseite bleiben im erwarteten Trend. Das bedeutet: Wir sind von einer Haushaltslage wie 2005 und 2006 mit strukturellem Defizit, mit drohender Nichtgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde und damit drohender politischer Handlungsunfähigkeit weit entfernt. Als Oberbürgermeister möchte ich auch nie wieder in einer solchen Lage sein.

Meine Damen und Herren, diese äußeren Bedingungen und insbesondere die Vorgaben des Landes, wie ich eingangs dargestellt habe, haben für das Bürgermeisteramt den Rahmen bei der Aufstellung des Entwurfs gesetzt. Wir haben im Dezember mit dem Finanzbericht die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2010 vorgestellt, die dann über die Orientierungswerte vom 10. November 2010 mit den Vorgaben für den Finanzausgleich auf die Städte und Gemeinden konkretisiert wurden. Ich möchte im Vorgriff auf die detaillierte Darstellung durch Herrn Neideck die wichtigsten Punkte nennen und erläutern.

- Der Entwurf des Doppelhaushalts kann seine laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt und seine Investitionen im Vermögenshaushalt nicht durch die zu erwartenden Einnahmen ausgleichen.
- Der Entwurf erreicht nicht die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt, also den Betrag, der jährlich an regulärer Tilgung aufgewandt werden muss. Er beträgt in beiden Haushaltsjahren jeweils rund 10 Millionen Euro.
- Wir werden deshalb in beiden Jahren sogenannte Ersatzdeckungsmittel – zum Beispiel Mittel der Rücklage oder Erlöse aus Grundstücksverkäufen - in Höhe von jeweils rund 20 Millionen Euro zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts einsetzen.
- Weil wir daneben auch Investitionen weiterführen werden, führt dies unterm Strich zum Vorschlag einer Nettokreditaufnahme von knapp 15 Millionen Euro 2011, und knapp 25 Millionen Euro 2012.

In der Summe sind dies 40 Millionen Euro neuer Schulden, die in beiden Haushaltsjahren aufgenommen werden sollen. Diesen neuen Krediten stehen allerdings Investitionen in unsere Substanz, also eine Steigerung des Vermögens, entgegen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch feststellen, dass wir von der Substanz leben, wenn wir unsere Rücklagen als Ersatzdeckungsmittel aufbrauchen.

**Anlagen 10 und 11: Entwicklung der freien Rücklage und des Schuldenstandes**

Wenn wir die Entwicklung des Schuldenstands betrachten, dann wird deutlich, dass wir – leider – bis zum Ende des Jahres 2012 bei einer Gesamtverschuldung von rund 324 Millionen Euro sein werden – aber auch deutlich unter dem Höchststand von fast 336 Millionen Euro des Jahres 2006 bleiben.

Ich erinnere daran, dass wir noch im Herbst 2010 bei der ersten Übersicht von ungünstigeren Zahlen ausgehen mussten. Die damals anzunehmenden Eckdaten und die Anmeldungen der Ämter hätten zu einer Gesamtbelastung von zusammen über 100 Millionen Euro geführt. Es ist in vielen Gesprächen gelungen, die Neuverschuldung gegenüber der ersten Berechnung auf weniger als die Hälfte zurück zu fahren. Wir haben dazu vor allem im Vermögenshaushalt jedes – ich betone: jedes! – Investitionsvorhaben darauf überprüft, ob und wie weit eine zeitliche Streckung oder Verschiebung möglich und vertretbar ist. Dabei galt auch als Richtschnur, dass es keine stillgelegten Baustellen geben darf und begonnene Maßnahmen weitergeführt und abgeschlossen werden.

Dies bedeutet konkret: Wir standen im Bürgermeisteramt vor folgender Entscheidung:

- entweder eine Vollbremsung im Vermögenshaushalt, alle Investitionsausgaben abrupt stoppen und auf nahezu Null fahren, um damit die Höhe der Nettokreditaufnahme niedriger zu halten als jetzt vorgesehen.
- Oder aber gewissermaßen zwei Gänge zurück zu schalten, das Tempo zu drosseln. Also die Investitionen zwar drastisch zurück-, aber begonnene Maßnahmen trotzdem zu Ende zu bringen, und bei noch nicht begonnenen Projekten zu strecken und zu schieben.

#### **Anlage 12 – 14: Wichtige Investitionen (Übersicht, Schulen und Stadtbahnen)**

Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden, weil nur er Sinn macht. Eine abrupte Vollbremsung bei den Investitionen wäre das denkbar falsche Signal für die Konjunktur und hätte zu Baustellen-Stilllegungen geführt. Das wäre auch politisch und gesamtwirtschaftlich nach dem Einsatz eines Konjunkturpakets mit 19 Millionen Euro in Freiburg noch in den Jahren 2009 und 2010 nicht vertretbar gewesen. Daher macht es Sinn, wenn auch langsam, in Fahrt

zu bleiben und dann wieder zu beschleunigen, wenn die Sicht frei ist – d.h., wenn sich die Verhältnisse bessern.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag zu einer Kreditaufnahme nach vier Jahren ohne Neuverschuldung ist uns nicht leicht gefallen. Er steht im Widerspruch zur politischen Selbstverpflichtung der kontinuierlichen Schuldentilgung. Dieses Ziel wird für zwei Jahre ausgesetzt, aber nicht aufgegeben. All dies ändert natürlich nichts daran, dass Schulden die teuerste Form der Finanzierung sind. Deshalb bleibt es unser erklärtes Ziel, schon mittelfristig keine neuen Kredite mehr aufzunehmen, sondern bestehende Schulden zu tilgen. Das ist eine langfristig richtige und damit auch nachhaltige Haushaltspolitik.

Dieser Weg ist, wie wir finden, auch aus einem anderen Grund zumindest vorübergehend vertretbar. In der vorgeschlagenen Höhe und in Relation zum Gesamtvolumen des Haushalts bleibt die Nettoneuverschuldung in einem maßvollen Rahmen und weit unter dem, was in den 1990er Jahren üblich war, wenn man die damaligen jährlichen Nettokreditaufnahmen und die Gesamtverschuldung ins Verhältnis zu den damals niedrigeren Einwohnerzahlen und zu dem viel geringeren Haushaltsvolumen setzt.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag einer Nettokreditaufnahme von einmal 15 Millionen Euro und einmal 25 Millionen Euro ist keineswegs als „Muss“ zu verstehen. Sollte sich die Einnahmesituation gegenüber den beschlossenen Zahlen verbessern, dann plädiert das Bürgermeisteramt mit Nachdruck dafür, dass wir uns auf die 2007 vereinbarten Ziele verständigen und diese Mehreinnahmen an erster Stelle dafür einsetzen, die bereits erwähnte Globale Minderausgabe von 6 Millionen Euro pro Jahr auszugleichen. Darüber hinausgehende Mehreinnahmen werden wir im Sinne der 2007 verabredeten Ziele jeweils zur Hälfte zur Schuldentilgung – respektive Reduzierung der Neuverschuldung - und für Investitionen in die Infrastruktur einsetzen. Damit bleiben die Ziele des „Masterplans“ gültig, was die Verwendung von Mehreinnahmen angeht, und damit wird auch bewusst, dass wir über den Tellerrand des beschlossenen Haushalts hinaus immer zwei Ziele im Blick haben: Schuldenabbau und Investitionen in die Infrastruktur.

## **Schwerpunkte des Verwaltungshaushalts: Personal, Verwaltungsreform und Verwaltungskonzentration**

Das Personalbudget ist einer der größten Einzelposten auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts. Wir werden in diesem Jahr bei den Personalaufwendungen erstmals seit 2004 wieder die Grenze von brutto 150 Millionen Euro überschreiten, mit voraussichtlich knapp 155 Millionen Euro. Brutto bedeutet einschließlich der Erstattung von Personalkosten durch Dritte; netto werden wir ca. 146 Millionen Euro aufwenden, und 2012 liegt der Aufwand um rund 1,5 Millionen Euro höher.

Meine Damen und Herren, es ist im vergangenen Jahr, genau so wie in fast allen Vorjahren gelungen, den tatsächlichen Personalaufwand im Rechnungsergebnis (ca. 135 Millionen Euro) unter dem Haushaltsansatz zu halten. Ob uns das auch diesmal gelingt, hängt unter anderem von den kommenden Tarifsteigerungen ab. Wir müssen in diesem und im kommenden Jahr mit Tarifsteigerungen von 2 Prozent und mehr rechnen, also höher als in den Vorjahren. 2 Prozent sind bei einem Personaletat von rund 150 Millionen Euro rund 3 Millionen Euro, und in zwei Jahren 6 Millionen Euro an Mehrausgaben.

Es schlägt vor allem aber zu Buche, dass wir in einigen Sektoren personell aufstocken müssen, weil die Aufgaben und die höheren Anforderungen dies verlangen. Insgesamt sind dies rund 97 neue Personalstellen. Dagegen stehen 45 Stelleneinsparungen, so dass wir unterm Strich 52 Stellen mehr haben werden als heute. Ich weise aber gleich darauf hin, dass sie nicht alle in Euro und Cent im Personalbudget auftauchen, sondern 21 dieser neuen Stellen sind gewissermaßen „Leerstellen“ ohne Budget. Wenn sie tatsächlich besetzt werden, dann finanzieren die Ämter sie über Einsparungen an anderer Stelle oder Umschichtungen.

Keineswegs „Leerstellen“, sondern real sind die neuen rund 30 Personalstellen. Sie sind auch bei strikter Sparsamkeit für einzelne Bereiche, vorrangig in den Kitas, unverzichtbar, wenn wir keinen Schaden in der sozialen Infrastruktur riskieren wollen.

Meine Damen und Herren, dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir im Personalhaushalt seit 2003, also über zehn Jahre einschließlich der Laufzeit dieses Doppelhaushalts, in einem Maße gespart und konsolidiert haben,

das in der jüngeren Stadtgeschichte beispiellos ist. Eine Graphik des Haupt- und Personalamts zeigt drei Linien, die 2003 an demselben Punkt beginnen, aber dann unterschiedlich auseinander laufen:

- Wie hat sich tatsächlich der Stellenplan entwickelt, unter Anrechnung der eingesparten Stellen und der Ausgliederungen, und einschließlich der neugeschaffenen Personalstellen? 2.587 Stellen.
- Wo würden wir heute stehen, wenn es gar keine neuen Stellen gegeben hätte, sondern wenn nur eingespart und ausgegliedert worden wäre? 2.361 Personalstellen.
- Und die interessanteste Linie: Was wäre im Stellenplan und im Personalkostenbudget passiert, wenn wir die Dinge hätten laufen lassen, nichts geändert, sondern die Zahlen von Jahr zu Jahr weiter fortgeschrieben hätten?

### **Anlagen 15 - 17: Entwicklung der Personalkosten und Personalstellen**

Meine Damen und Herren, dies hätte dazu geführt, dass aus 3.100 Personalstellen im Jahr 2003 in zehn Jahren 3.330 Personalstellen geworden wären, und dass wir dafür heute ein Personalkostenbudget von fast genau 200 Millionen finanzieren müssten.

Tatsächlich werden es Ende 2012 genau die erwähnten 2.587 Personalstellen sein, mit einem Budget von voraussichtlich 147 Millionen Euro netto, oder brutto einschließlich der Personalkostenersätze 156 Millionen Euro.

Diese Differenz von rund 550 Personalstellen und rund 50 Millionen Euro im Haushalt beruht auf zwei Faktoren:

1. Die Ausgliederungen in Gesellschaften und Eigenbetriebe. Dies waren insgesamt 441 Stellen. Ich nenne sie bewusst „unechte“ Einsparungen, weil sie an anderer Stelle im Konzern Stadt wieder auftauchen, in Gesellschaften und Eigenbetrieben.

2. „Echte“ Einsparungen von 321 Personalstellen, das heißt eine echte Reduzierung des Stellenplans, und eine echte Reduzierung der Personalkosten.

In der Summe sind dies 762 Stellen. Denen stehen gegenüber brutto 246 „neue“ Stellen, wobei „brutto“ auch bedeutet, dass wir für einen Teil dieser Stellen selbst nichts dafür können. Darunter verbergen sich z.B. die Landes-Verwaltungsreform mit der Übernahme von Landesbediensteten zur Stadt, oder die bei der Gründung der ASF vertraglich zugesicherte Rückkehr von dortigen Beschäftigten zur Stadt, oder andere Kostenersätze von Dritten, und auch die bereits erwähnten „Leerstellen“. Netto, nämlich tatsächlich durch die Bedarfe der Ämter neu geschaffene Stellen, sind es 125 zusätzliche Personalstellen.

Unterm Strich, einschließlich der Ausgliederungen, ist unsere Stadtverwaltung also um rund 520 Personalstellen kleiner geworden, und dies trotz wachsender Einwohnerzahl, trotz wachsender und anspruchsvoller werdenden Aufgaben – und dies vor allem ohne eine einzige betriebsbedingte Kündigung.

Meine Damen und Herren, die nackten Zahlen täuschen darüber hinweg, wie viel Kleinarbeit jeweils dahinter steckt. Um jede einzelne dieser Stellen ist gerungen und gestritten worden. Ich danke hier vor allem den Personalräten. Für sie sind diese Entscheidungen ebenso wenig einfach gewesen wie für die Dezernenten und die Amtsleitungen. Hier haben die Projektgruppe Verwaltungsreform und das HPA eine enorm wichtige und auf Dauer wirksame Arbeit geleistet, weil diese Einsparungen ja immer einher gingen mit organisatorischen und strukturellen Veränderungen in der Verwaltung. Diese Veränderungen haben sich immer an zwei Zielen orientiert: Weniger Aufwand, und mehr Effizienz. Diesen Spagat geschafft zu haben, halte ich für eine großartige Leistung, und ich danke allen, die dazu beigetragen haben.

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass Stellenabbau und Umstrukturierungen keine beliebig wiederholbaren Prozesse sein können. Die Übersichten des Haupt- und Personalamts belegen, dass Personalreduzierungen zunehmend schwieriger und die tatsächlich erreichten Zahlen geringer werden.

## **Verwaltungsreform**

Meine Damen und Herren, es ist bereits zur Sprache gekommen, dass wir unsere gute Haushaltslage der letzten vier Jahre nicht nur den Mehreinnahmen von außen, sondern in gleichem Maße auch den eigenen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung verdanken. Im Frühjahr 2005 hat die Projektgruppe Verwaltungsreform die Arbeit aufgenommen mit dem Auftrag, gemeinsam mit dem Haupt- und Personalamt die diversen Strukturlisten zum Haushalt zu bearbeiten.

Wo stehen wir heute? In unserer eigenen Verwaltung sind die Überprüfungen der meisten großen Ämter oder von Schwerpunktthemen erfolgreich abgeschlossen und umgesetzt. Beispielhaft nenne ich hier die Zusammenlegung des Gartenamts und Tiefbauamts zum heutigen GuT, das Gebäudemanagement oder auch die Zielvereinbarung mit dem Theater und der FWTM. In den letzten beiden Jahren haben sich das Haupt- und Personalamt und die PG Verwaltungsreform auf eine Reihe von Einzelprojekten konzentriert: Baurechtsamt, Amt für Schule und Bildung, der Allgemeine Soziale Dienst und das Controlling im Sozial- und Jugendamt, die Gewerbeabteilung des Amts für öffentliche Ordnung, das Amt für Brand- und Katastrophenschutz, die Neuaufstellung der ARGE mit dem Jobcenter und das frühere Referat für Stadtentwicklung und Bauen, das jetzt in das neue Baudezernat überführt worden ist. Aktuell weitgehend abgeschlossen ist der Prozess der Teilung des Sozial- und Jugendamtes in zwei eigenständige Ämter, und an der Untersuchung im Baudezernat und im Amt für Schulen und Bildung wird gearbeitet.

Meine Damen und Herren, Verwaltungsreform heißt nicht nur Sparen und Streichen. Wenn die Anforderungen sich ändern, beispielsweise im Bereich der Sozial- oder Jugendhilfe, dann können wir nicht mit alten Rezepten weiter machen, sondern wir müssen gegebenenfalls aufstocken. Dafür ist das aktuelle Jahr ein Beispiel.

Deshalb heißt Verwaltungsreform auch: Qualitätsverbesserung, Optimierung der Strukturen und Abläufe, die Anpassung an sich ändernde Anforderungen und Rahmenbedingungen sowie an die Erwartungen der Bürgerschaft oder an neue Techniken. Um es einfacher zu sagen: Verwaltungsreform bedeutet, gute Politik möglich zu machen. Dafür müssen die Ämter gerüstet sein.

Die Projektgruppe Verwaltungsreform wird ihre Arbeit noch bis in den Herbst 2011 fortsetzen, die begonnenen Projekte zu Ende bringen und sich dann auflösen. Die Einrichtung dieser Projektgruppe war die richtige Antwort auf die Herausforderungen der letzten Jahre, aber von Beginn an war sie auf Zeit und nicht auf Dauer geplant, weil Projektarbeit immer befristet ist. Damit ist das Thema Verwaltungsmodernisierung nicht erledigt, sondern es stellen sich neue und sehr große Themen, die mit anderen Formen angegangen werden müssen, teils mit eigenen Projektstrukturen, teils in den Ämtern: Qualitätsmanagement, Technikunterstützung, E-Government, Doppik, Verwaltungskonzentration und umfassendes Veränderungsmanagement sind einige dieser Themen.

Ich danke der Projektgruppe, an der Spitze Herrn Mutter, und dem Haupt- und Personalamt, insbesondere Herrn Hurst, stellvertretend für alle, die sich hier engagiert haben, und ich schließe dabei auch die Amtsleitungen und vor allem stellvertretend für den Gesamtpersonalrat und die örtlichen Personalräte Herrn Bechtold ein. Dieser Dank gilt schließlich allen Beschäftigten, die in unterschiedlichen Funktionen mitgearbeitet haben.

Wir gehen aufgrund des demographischen Wandels einer Zeit entgegen, in der die Gewinnung von gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schwieriger wird, weil wir verstärkt mit privaten Arbeitgebern konkurrieren. Wir haben dafür Vorsorge getroffen und werden dies weiter intensivieren. Ich nenne hier einige Stichworte: Der „Interne Arbeitsmarkt“ mit Beratung und Vermittlung. Das Gesundheitsmanagement gewinnt generell und wegen eines steigenden Altersdurchschnitts unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mit Blick auf längere Lebensarbeitszeiten an Bedeutung. Die Stadtverwaltung ist mit dem audit berufundfamilie als besonders familienfreundliche Arbeitgeberin zertifiziert, und ein solches Prädikat ist immer mehr ein Entscheidungskriterium für Beschäftigte.

Wir haben über mehrere Jahre hinweg die Fort- und Weiterbildung ausgebaut und um neue Bausteine erweitert, beispielsweise fachübergreifende Fortbildungen oder passgenau zugeschnittene Maßnahmen der Personalentwicklung wie Teamentwicklung, Konfliktberatung oder Coaching. Und wir arbeiten schließlich an neuen Ansätzen zur Personalgewinnung, zum Beispiel an berufs begleitenden Qualifikationen von Nachwuchskräften bis zu Führungskräften.

Wir halten schließlich die Zahl der Ausbildungsstellen in den unterschiedlichsten Berufslaufbahnen hoch, und wir wollen unseren Auszubildenden eine gute Zukunftsperspektive in der eigenen Verwaltung geben und damit auf Dauer auch qualifiziertes Personal an uns binden. Ich erwähne hier die im Personalausschuss ausführlich diskutierte Ausbildungsinitiative; sie wird im neuen Haushalt weitergeführt.

### **Verwaltungskonzentration**

Meine Damen und Herren, in der Laufzeit dieses Haushalts werden wir uns mit einem Thema beschäftigen, das bereits in der Vergangenheit mehrfach in der Diskussion war. Es ist unter dem Stichwort der Verwaltungskonzentration die Überlegung des Baus eines neuen funktionalen Verwaltungsgebäudes neben dem Technischen Rathaus, und damit der Zusammenfassung vieler bisher dezentraler Standorte. Das Regierungspräsidium hat sich vor Jahren für diesen Weg entschieden und kann insoweit ein Vorbild für uns sein.

Unsere Verwaltung ist dagegen räumlich ein Flickenteppich mit 19 Standorten über die ganze Stadt hinweg. Wir muten den Bürgerinnen und Bürger lange Wege zu, zwischen Rathausplatz und Fahnenbergplatz, Basler Straße, Siegesdenkmal, Jakob-Burkhardt-Straße und Fehrenbachallee. In vielen Standorten zahlen wir hohe Mieten und/oder stehen vor hohen Sanierungskosten; bei manchen, beispielweise dem Pavillon des Technischen Rathauses, lohnt wegen des schlechten baulichen Zustands nicht einmal eine Sanierung. Hinzu kommen die Kosten für Doppel- und Mehrfachstrukturen an verschiedenen Orten. Und neben diesen bekannten Schwächen sind viele unserer dezentralen Standorte auch unter ökologischen Gesichtspunkten mangelhaft. Der Gesamtpersonalrat tritt im Interesse der Beschäftigten und angesichts der zum Teil unzumutbaren Arbeitsbedingungen mit Nachdruck für eine Veränderung ein.

Eine Neubaulösung macht nur Sinn, wenn sie wirtschaftlicher und kostengünstiger, funktionaler und bürgerfreundlicher ist als der Status quo. Das bedeutet: Wir wollen den Aufwand bei Gebäudebewirtschaftung, Abläufen und Prozessen, Personal usw. sparen; wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen, und mehr Service unter einem

Dach, eine Verwaltung der kurzen Wege, die auch gut erreichbar und an das Stadtbahnnetz angebunden ist.

Deshalb wird das Thema wieder aufgegriffen. Die Projektgruppe Verwaltungsreform ist mit einer grundlegenden Aufarbeitung zu der Frage beauftragt worden, ob eine wirtschaftliche Basis bei einem Neubau erreichbar ist. Wir stehen nun vor dem zweiten Schritt einer externen Überprüfung. Auch sie ist in Arbeit. Ohne dem Ergebnis vorgreifen zu wollen, spricht einiges für eine Neubaulösung. Wenn sich nach der externen Überprüfung die Sinnhaftigkeit einer so verstandenen Verwaltungskonzentration unter den genannten wirtschaftlichen, qualitativen und organisatorischen Rahmenbedingungen herausstellen sollte, werden wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, die auch stadtentwicklungspolitische Fragen, wie z.B. die Auswirkungen auf die Innenstadt und den Stühlinger, die Vermarktungschancen der freiwerdenden Objekte, Finanzierungsmodelle, sinnvolle Zeitachsen und mögliche Umsetzungsstufen umfassen wird.

Ich wiederhole an dieser Stelle ausdrücklich, was ich zu diesem Thema bislang immer gesagt habe: Wir werden diese Machbarkeitsstudie nur dann beauftragen, wenn allein aus einer Betrachtung der Wirtschaftlichkeit ein positiver Effekt nachweisbar ist. Mit anderen Worten: Nur dann, wenn wir unter dem Strich mit dem Neubau pro Jahr weniger ausgeben als heute. Die Diskussion werden wir bis zur Sommerpause führen können, mit ausreichend Zeit zur Beratung, und mit einer Einbindung aller Akteure, z.B. der Bürgervereine und des Einzelhandels.

## **Soziales und Jugend**

Der Sozialhaushalt einschließlich der Aufwendung für Kinder und Jugendliche ist traditionell, neben dem Personalkostenbudget, der größte Ausgabenblock im Haushalt. Wenn wir die großen Positionen Sozialhilfe und Grundsicherung, Kosten der Unterkunft und Kinder- und Jugendhilfe addieren, stellen wir eine Steigerung von 66 Millionen Euro auf 110 Millionen Euro - oder um zwei Drittel - in zehn Jahren fest. Unsere Handlungsspielräume sind gering, weil wir in nahezu allen Fällen Bundes- und Landesrecht vollziehen und Rechtsansprüche erfüllen.

In den letzten Jahren hat sich durch Änderungen im Sozialgesetzbuch die Struktur des Sozialhaushalts grundlegend gewandelt. Anders als in früheren Jahren ist heute nicht mehr die „klassische“ Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt der größte Kostenfaktor. Mit den Hartz-Reformen haben sich die Gewichte auf andere Positionen verschoben.

### **Anlage 18: Reinaufwand im Sozialbereich 2000 bis 2012**

Ich will aus dem Sozialhaushalt zwei von vielen Positionen beispielhaft herausgreifen, weil sie signifikant sind und auch Veränderungen in der Gesellschaft widerspiegeln, die Anlass zum Nachdenken sein müssen.

An erster Stelle die Grundsicherung. In der Rückschau seit 2003, der Einführung der Grundsicherung, haben sich die Nettoausgaben, d.h. abzüglich der Erstattungen durch andere Kostenträger, von 3,37 Millionen Euro auf 15,6 Millionen Euro 2010 entwickelt. Die Zahl der Hilfeempfänger ist auf zuletzt 2.476 gestiegen.

Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen sind aus medizinischen Gründen immer mehr Menschen vor dem Rentenalter dauerhaft erwerbsgemindert oder erwerbslos und sind auf Grundsicherung angewiesen, weil Renten oder andere Transferleistungen nicht ausreichen. Die Zahlen steigen von Jahr zu Jahr um 7,5 Prozent.

Zum anderen, bei den Menschen über 65 Jahren, spüren wir konkrete Auswirkungen des demographischen Wandels. Die Hilfeempfänger werden im Durchschnitt älter, und der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich größer. Die Fallzahlen steigen jährlich im Schnitt um 5,6 Prozent; in einem Jahr waren es auch einmal über 9 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich will als weiteres Thema hier die Aufwendungen für Heimerziehung im städtischen Haushalt nennen. Die Zahlen machen nachdenklich, und noch mehr machen die Gründe betroffen, mit denen das Sozial- und Jugendamt immer wieder konfrontiert wird, wenn Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene in ein Heim oder in betreutes Wohnen und ähnliche Einrichtungen gebracht werden müssen, weil ein Verbleib in einem schwierigen familiären Umfeld nicht mehr zu vertreten ist. Es sind nicht immer Arbeitslosigkeit oder Armut, sondern auch auseinander brechende Familien

oder Gewalt, die solche Maßnahmen erfordern, und dies mit steigender Tendenz. Freiburg ist hier kein Ausnahmefall, sondern liegt bei den Fallzahlen und den Aufwendungen, gemessen an der Einwohnerzahl, sogar eher im unteren Durchschnitt vergleichbarer Städte.

Die Entwicklung seit 2001 zeigt einen Anstieg der Fälle von Heimerziehung von 219 (2001) auf 271 im letzten Jahr. Die Aufwendungen sind allerdings in sehr viel höherem Maß gestiegen. Die Heimkosten für Minderjährige und die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene addieren sich seit 2001 von 7 Millionen auf fast 10 Millionen Euro im Jahr 2010, davon rund zwei Drittel allein an Heimkosten für Kinder.

Auch wenn Freiburg, wie erwähnt, im Städtevergleich noch gut dasteht, so sollten uns die Zahlen zu denken geben. Wir müssen handeln, wenn im privaten Bereich die Dinge aus den Fugen gehen. Die Leidtragenden sind fast immer Kinder und Jugendliche. Um so mehr muss es darauf ankommen, dass durch Prävention und durch familienpflegerische Angebote Kindern und Jugendlichen ein Verbleib in der Familie möglich ist. Dabei spielen auch die Schulen eine wichtige Rolle. Die Heimunterbringung ist immer die ultima ratio, und dies nicht nur aus Kostengründen.

Meine Damen und Herren, ich erwähne an dieser Stelle einen Schwerpunkt des Haushalts, der uns sowohl auf der Investitionsseite als auch beim laufenden Betrieb beschäftigt: Kindergärten und Kindertagesstätten für die Kinder zwischen drei und sechs Jahren, und der Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen. Hier steigt der Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt um rund 10 Prozent gegenüber 2010, von 37,7 Millionen Euro auf 41,0 Millionen Euro, davon allein 28,6 Millionen Euro als Zuschüsse an freie Träger. Für den laufenden Betrieb in unseren eigenen Einrichtungen liegt der Nettoaufwand bei 8,4 Millionen Euro, und für die Übernahme der Elternbeiträge und Tagespflege bei 4,1 Millionen Euro. In der Summe sind dies mehr als 53 Millionen Euro, die wir in diesem Jahr für den Bereich Betreuung und Kindergärten und Tagesstätten ausgeben. Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass es vor zehn Jahren rund 20 Millionen Euro waren und heute die Aufwendungen mehr als zweieinhalb mal so hoch sind.

Meine Damen und Herren, dass die Haushaltsansätze stärker steigen als andere Positionen, hat vor allem zwei Gründe. Zum einen sind es die Tariferhö-

hungen in eigenen Einrichtungen und bei den freien Trägern, für die wir ebenfalls eintreten. Zum anderen – und dies ist der größere Anteil – ist es der kontinuierliche Ausbau sowohl im Bereich Betreuung als auch bei den Kitas für die Drei- bis Sechsjährigen. Bei der U3-Betreuung streben wir eine Versorgungsquote von 39 Prozent bis zum Jahr 2013 an, und damit über das vom Bundesgesetzgeber festgesetzte Ziel hinaus. Mit den im Haushalt vorgesehenen Mitteln von 3 Millionen Euro zur Einrichtung neuer Betreuungsplätze werden wir bis zum Ende dieses Doppelhaushalts voraussichtlich bei einer Versorgungsquote von 31 Prozent angelangt sein. Das heißt: Wir müssen uns weiter anstrengen.

Meine Damen und Herren, dies gilt um so mehr, als wir gegenüber den ursprünglichen Planungen etwas umsteuern müssen. Bis vor einiger Zeit konnten wir noch davon ausgehen, dass ein Teil der neuen Betreuungsplätze für U3 möglich wird, weil weniger Plätze für Drei- bis Sechsjährige benötigt werden. Heute wissen wir, dass diese Annahme nicht im erwarteten Maß zutrifft. Weil die Zahl der Drei- bis Sechsjährigen hoch bleibt, und weil die Geburtenzahlen bei uns ebenfalls stärker steigen, bleibt auch der Bedarf an klassischen Kindergarten- und Kitaplätzen weiterhin hoch. Er steigt sogar, weshalb weniger Kita- in Betreuungsplätze umgewandelt werden können. Deshalb brauchen wir auch mehr neue Betreuungsplätze für unter Dreijährige als bisher geplant, um unser Ausbauziel zu schaffen.

Ich muss bei aller positiven Bewertung hier auch einen kritischen Punkt ansprechen. Betreuung, Kindergärten und Tagesstätten sind eines von mehreren Beispielen, dass Bund und Land uns die Standards vorgeben und in die Pflicht nehmen. Bund und Land geben allerdings dafür nicht den finanziellen Ausgleich in der notwendigen Höhe. Der Städtetag hat immer wieder die Verletzung des Konnexitätsprinzips beklagt, leider ohne dass sich grundlegend etwas geändert hat.

### **Investitionen im Vermögenshaushalt**

Es ist bereits angedeutet worden, dass die Ansätze des Haushalts nur möglich gewesen sind durch eine gründliche Durchforstung des Vermögensteils. Dies betrifft überwiegend die Ansätze für Investitionen und Pauschalen. Wir bringen mit dem Haushalt eine Reihe von Drucksachen zu diesen Veränderungen ein, weil die Beschlüsse des Gemeinderats Grundlage für den endgül-

tigen Satzungsbeschluss sind. Sie werden jetzt in den Gremien beraten und bis spätestens Mai vor dem Haushaltsbeschluss entschieden. Dabei haben wir nicht mit dem dicken Rotstift gearbeitet, sondern wir haben uns an sachlichen Maßstäben orientiert. Sie heißen:

- Was begonnen wurde, soll weiter und zu Ende geführt werden, ohne dass Baustellen gestoppt werden müssen.
- Was noch nicht begonnen wurde, ist auf den Prüfstand gekommen. Lässt sich ein Aufschieben der gesamten Investition oder einzelner Bauabschnitte in spätere Haushaltsjahre vertreten? Deshalb sind einige Projekte aufgeschoben, andere bleiben – ggf. mit reduzierten Ansätzen – im Haushalt. Wenn wir den Zustand unserer Straßen nach der Frostperiode ansehen, dann dulden manche Straßen keinen Aufschub, sondern hier müssen wir handeln. Deshalb sind die dringlichsten Maßnahmen aufgenommen; über die Änderungsliste der Verwaltung werden wir in Details noch nachbessern müssen.
- Bei nahezu allen Pauschalen schlagen wir Kürzungen bis zu 50 Prozent gegenüber den Vorjahren vor. Damit ist keine Festschreibung auf lange Sicht verbunden. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass sich eine dauerhafte Unterfinanzierung beispielsweise der Bauunterhaltung bitter rächt. Schäden reparieren sich nicht von selbst, sondern sie werden größer, wenn man nichts tut. Andererseits haben wir in den letzten vier, fünf Jahren mehr für den Erhalt und die Pflege unserer Bausubstanz getan als in allen Vorjahren, d.h. viele frühere Sanierungsfälle sind inzwischen in Ordnung gebracht. Deshalb ist eine Absenkung über zwei Jahre hinweg vertretbar, mit dem erklärten Willen, danach wieder aufzustocken.

Zu den einzelnen Projekten wird Herr Neideck im Detail sprechen.

In der Summe der Investitionsmaßnahmen und Investitionszuschüsse im Vermögenshaushalt gehen wir 2011 auf ein Volumen von rund 50 Millionen Euro zurück, und 2012 noch einen Schritt weiter zurück auf rund 35 Millionen Euro. Im Vergleich zu den Investitionsausgaben im Rekordjahr 2010 in Höhe von rund 81 Millionen Euro Rechnungsergebnis einschließlich Konjunkturpaket, oder dem Haushaltsjahr 2008 mit rund 71 Millionen Euro werden hier, auf

der Ausgabeseite, die Konsequenzen der aktuellen Einnahmeausfälle sichtbar.

Meine Damen und Herren, ehe das Wort nun an Herrn Neideck übergeht, lassen Sie mich als Schlusswort ein Thema ansprechen, das sehr viel mit unserem Verständnis von guter Zusammenarbeit in der Region zu tun hat, das aber in einem anderen Wortsinn auch für unsere Stadtpolitik gelten kann. Ich meine das regionale Bündnis vieler Städte und Gemeinden, die jetzt zu Partnern mit Gesellschaftsbeteiligungen beim regionalen Energieversorger badenova geworden sind. Dieses Konzept, für das die Thüga und die Stadt als größte Gesellschafter Anteile zur Verfügung gestellt haben, hat den schönen Namen „Kompass“, als Abkürzung für „Kommunale Partnerschaft“. „Kompass“ hat dazu geführt, dass die Region stärker zusammen wächst, und es gibt badenova eine noch breitere Basis durch weitere kommunale Gesellschafter im badenova-Land. Es sind inzwischen mehr als 30 Kommunen, die dieses Angebot nutzen, und das zu einem echten Erfolgsmodell mit einer Win-Win-Situation für alle Beteiligten geworden ist.

Meine Damen und Herren, das Wort „Kompass“ – mit Doppel-S - hat noch eine andere Bedeutung. Ein Kompass zeigt die Richtung. Ich erinnere an das Bild einer Autofahrt. Nach vier Jahren flotter Fahrt auf breiter und gut ausgebauter Straße schalten wir jetzt zurück. Aber wir bleiben in Fahrt. Und wir haben einen Kompass, der uns die Richtung zeigt. Vor Jahren haben wir diese Richtung wie folgt formuliert: Sanieren, investieren und konsolidieren. Das ist immer noch unsere Kompassnadel, oder in der heutigen Sprache: Sie sind immer noch im Navi gespeichert.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Rede

zur Einbringung

Doppelhaushalt  
2011/2012

am 8. Februar 2011

Erster Bürgermeister  
Otto Neideck

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Part des Finanzbürgermeisters ist es, den eher nüchternen Teil des Haushalts darzustellen, von den Eckwerten des Entwurfs bis zu den Eckdaten der Gesellschaften. Dieser Part ist natürlich untrennbar mit dem verknüpft, was der Oberbürgermeister bereits politisch ausgeführt hat.

Ehe ich zum eigentlichen Zahlenwerk, nämlich den Eckwerten komme, gestatten Sie einen kleinen Exkurs zu einer Untersuchung, die wir den Mitgliedern des Gemeinderats aktuell zugestellt haben. Im Rahmen der Bürgerumfrage 2010 haben wir auch wieder die Thematik „Beteiligungshaushalt“ in einer repräsentativen Umfrage mit einer Rücklaufquote von 45,4 Prozent abgefragt. Die detaillierten Ergebnisse haben wir Ihnen in den letzten Tagen in einem Heft zusammengefasst zugesandt. Lassen Sie mich auszugsweise drei Tabellen schlagwortartig anreißen, die verdeutlichen, dass es elementare Veränderungen gegenüber der letzten Bürgerbefragung nicht gegeben hat. Deshalb empfinde ich die Ergebnisse auch als eine Bestätigung, dass wir auf einem richtigen Kurs sind.

Nach wie vor ist das Betreuungsangebot an Schulen, Kindergärten wie auch das Thema Klimaschutz mit einer hohen Priorität für Mehrausgaben versehen, während der Bürger im Detail weiterhin bei Friedhöfen und vor allen Dingen bei kulturellen Einrichtungen deutlich sparen möchte. Bevor diese Werte überinterpretiert werden, sollte man sich allerdings auch vor Augen führen, dass ein hoher Prozentsatz der Befragten mit der Politik einverstanden ist, nämlich unsere Haushaltsansätze unverändert lassen wollen, wie die nächste Abbildung verdeutlicht. Und wenn man die Zusammenhänge vom Haushaltsindex und Zufriedenheitsindex in einer Grafik darstellt, dann wird deutlich, dass man trotz hoher Zufriedenheit beispielsweise bei den kulturellen Einrichtungen einsparen möchte, trotz hoher Zufriedenheit beispielsweise bei den Schulen aber mehr ausgeben will. Wie in der letzten Umfrage schon, ist man zwar mit der Wohnungsmarktsituation unzufrieden, will aber in der Relation nicht soviel mehr ausgeben wie im Vergleich zur öffentlichen Sicherheit, Jugendeinrichtungen oder Kindergärten und Kindertagesstätten.

Ich kann nur jedem empfehlen, sich das Heft im Detail anzusehen und auch die einzelnen Ergebnisse nach den unterschiedlichsten sozialen Merkmalen aufzunehmen. Die Ergebnisse der Bürgerumfrage geben aufschlussreiche Hinweise, wie die Bürgerinnen und Bürger die Stadtpolitik wahrnehmen.

### **Eckwerte des Doppelhaushalts 2011 / 2012**

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Eckwerten des Doppelhaushalts, gewissermaßen dem Gerüst des Zahlenwerks. Das Volumen des Verwaltungshaushalts liegt in beiden Jahren über 700 Millionen Euro, 2011 bei 702,6 Millionen Euro, und 2012 bei 714,15 Millionen Euro. Der Vermögenshaushalt umfasst 107,5 Millionen Euro im ersten Jahr, und im zweiten Haushaltsjahr geht er zurück auf 86,7 Millionen Euro. Der Vermögenshaushalt brachte 2009 ein Rechnungsergebnis von 118,1 Millionen Euro, und der Ansatz für 2010 lag bei 134,8 Millionen Euro und zeigt ein wesentlich höheres Ergebnis. Hier ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass die Mittel des Konjunkturpakets mit rund 19 Millionen Euro in diesen Zahlen dabei sind.

### **Anlagen 4 und 5: Eckwerte Doppelhaushalt 2011 / 2012**

Eine wichtige Kenngröße ist, dass wir 2011/2012 jeweils rd. 20 Millionen Euro Ersatzdeckungsmittel aus dem Vermögens- in den Verwaltungshaushalt abführen müssen, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen.

Darüber hinaus bedarf es einer Nettokreditaufnahme von 14,9 Millionen Euro im Jahr 2011 und 24,98 Millionen Euro im Jahr 2012.

Rund 40 Millionen Euro Neuverschuldung im Doppelhaushalt sind leider unabdingbar, aber sie können nur die Ausnahme sein, denn auf Dauer ist eine solche Verschuldung weder zu verantworten noch genehmigungsfähig. In der Finanzplanung werden wir darstellen, dass wir unter den derzeit erkennbaren Rahmenbedingungen wieder auf den alten Pfad der Entschuldung mittelfristig zurückkehren.

Die Eckwerte machen aber auch deutlich, dass wir auch die Negativzuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt natürlich nur vorübergehend akzeptieren können und daher unseren Konsolidierungsprozess auch innerhalb der Verwaltung fortführen müssen.

Meine Damen und Herren, zu den Eckdaten des Haushalts gehören die Positionen Finanzausgleich, Einkommensteuer und Gewerbsteuer als unsere wichtigsten Einnahmen. Wir haben Ihnen bereits im Finanzbericht im November 2010 die Graphik gezeigt, wonach wir gemessen an der Steuerschätzung vom Mai 2008 rd. 110 Millionen Euro weniger Einnahmen aus dem Finanzausgleich und der Einkommensteuer erhalten werden. Die Kurve der FAG-Zuweisungen über die letzten Jahre ähnelt in doppelter Hinsicht einer Achterbahnfahrt. Zum einen was die Geschwindigkeit und das Gefälle bzw. die Steigerungen des Auf und Ab angeht. Zum anderen kann man in einer Achterbahn nicht selbst bremsen oder steuern. So geht es uns auch. Die FAG-Zuweisungen sind in den letzten 10 Jahren zwischen einem Tiefststand von 87 Millionen Euro im Jahr 2005 bis zu 160 Millionen Euro in 2010 geschwankt. Die Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz sind in keiner Weise von der Stadt zu beeinflussen, ebenso wenig wie der kommunale Anteil an der Einkommensteuer.

Auch hier sind wir gewissermaßen „fremdgesteuert“, allerdings mit weniger großen Ausschlägen. Wir erwarten 2011 rd. 67,4 Millionen Euro, das sind 1,2 Millionen Euro weniger als das Rechnungsergebnis von 2010, aber fast 7 Millionen Euro unter dem Ergebnis des guten Jahres 2008. Im zweiten Haushaltsjahr sind als Folge der guten Konjunkturentwicklung 70,8 Millionen Euro realistisch eingeplant.

Meine Damen und Herren, die Gewerbsteuer zeigt hingegen ein erfreuliches, weil weiterhin stabiles Bild. Wir gehen, ähnlich wie in den Vorjahren, von einer Bruttoeinnahme von 115 Millionen Euro aus.

Wir müssen bei der Gewerbsteuer aber feststellen, dass Freiburg im Vergleich zu anderen Städten ein zwar stabiles, aber pro Kopf niedriges Aufkommen aufweist. Das ist keineswegs ein Beleg für eine ungesunde Wirtschaftsstruktur. Ganz im Gegenteil. Die Arbeitsmarktzahlen und unsere Spitzenposition über mehrere Jahre beim Zuwachs neuer Arbeitsplätze sprechen ja gerade für eine außerordentlich gesunde und wachstumsstarke Struktur. Unser steuerliches Manko ist der überproportional hohe Anteil an Dienstleistungen gegenüber solchen Branchen, die gewerbsteuerpflichtig sind. Wären auch Freiberufler in die Gewerbsteuer einbezogen, so sähen die Freiburger Zahlen in der absoluten Höhe sehr viel besser aus. Deshalb waren die Anläu-

fe richtig, im Zuge einer längst überfälligen Gemeindefinanzreform die Gewerbesteuer auf eine neue, breitere Basis zu stellen. Dies ist nicht gelungen. Vielmehr dürfen wir über die Entscheidung der Koalition dankbar sein, dass die Gewerbesteuer in ihrem Kern nicht angetastet wird, sondern als unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen weiterhin Bestand hat.

### **Anlage 6: Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs**

Meine Damen und Herren, der Oberbürgermeister hat bereits über die Verschiebungen und Streckungen gesprochen, die wir gegenüber den ursprünglichen Planungen im Vermögenshaushalt vornehmen mussten. Sie sind auf der Ausgabenseite in der Tat die gravierendste Veränderung des Haushalts. Aufgeschoben heißt nicht aufgehoben. Es ist auch nichts aufzuheben. Denn alle Investitionen, die wir dieses und kommendes Jahr eigentlich angehen wollten und nun zeitlich strecken und schieben müssen, sind berechtigte und notwendige Maßnahmen, weil es ganz überwiegend Sanierungsprojekte sind, also Investitionen in unsere Infrastruktur, die wir über kurz oder lang tätigen müssen, um die Einrichtungen funktionsfähig zu halten, oder in der neuen Sprache der Doppik „um den Vermögensverzehr unseres Anlagevermögens entgegen zu wirken“.

Meine Damen und Herren, dies ist auch in den Haushalten 2007 bis 2010 ablesbar. Die Schulen sind der mit Abstand größte Schwerpunkt beim Gebäudemanagement. Von summiert 103,8 Millionen Euro Investitionen sind – einschließlich der Mittel des Konjunkturpakets 2009 und 2010 – insgesamt 74,38 Millionen Euro in Schulen geflossen, das sind mehr als 71 Prozent der Gesamtaufwendungen, wobei auch hier der größte Anteil auf die großen Einzelvorhaben entfallen ist. Die Zahlen im Verwaltungshaushalt zeigen eine ähnliche Relation: 51,5 Millionen Euro Gesamtausgaben für die Bauunterhaltung, davon 37,8 Millionen Euro nur für Schulen = 73,4 Prozent. Dabei sind noch nicht berücksichtigt die Etatansätze beim Amt für Schule und Bildung.

Das heißt: Wir haben in der Summe rd. 112 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen aufgewendet, pro Jahr also im Schnitt 28 Millionen Euro. Mit diesen erwähnten Zahlen des Gebäudemanagements haben wir einen Teil des Sanierungsprogramms in unserer Schullandschaft geschafft. Das gilt auch für die Umbauten und Erweiterungen für Ganztagsbetrieb mit Betreuungsräumen und Cafeterias.

Daher haben wir auch bewusst in 2011 und 2012 keinerlei Kürzungen bei den Pauschalen für unsere Schulen vorgenommen, um damit zu dokumentieren, dass wir entsprechend unserer politischen Schwerpunkte den Reformbemühungen und der dynamischen Entwicklung in unterschiedlichen Schulformen weiterhin eine wirklich solide Grundlage bieten.

Meine Damen und Herren, dies zeigt, dass wir in Sachen Schule unsere Hausaufgaben machen, und es zeigt auch die hohe Priorität dieses Themas, die wir in der genannten Bürgerumfrage ablesen können.

Ich darf im Bereich Gebäudemanagement beispielhaft einige Projekte erwähnen, bei denen wir das Tempo gegenüber den ursprünglichen Planungen allerdings nunmehr drosseln müssen.

- Das Theodor-Heuss-Gymnasium in St. Georgen. Der erste Bauabschnitt ist mit 3 Millionen Euro 2011 vorgesehen, beim zweiten müssen wir schieben, obwohl die Planung fertig in der Schublade liegt und der Bedarf unstrittig ist. Der Gesamtaufwand ist auf 18,5 Millionen Euro berechnet, davon sind bereits 4 Millionen Euro bis 2010 verausgabt, so dass für die weiteren Maßnahmen noch rund 11,5 Millionen Euro erforderlich sind.
- Das Gleiche gilt für die Staudingerschule. Auch hier wissen wir um die Mängel des baulichen Bestands. Die Generalsanierung der Staudinger Schule wird mit einem geschätzten Gesamtaufwand von rd. 56 Millionen Euro in der Dimension alle bisherigen Sanierungsmaßnahmen übertreffen. Nach 2012 wird dies ein neuer Investitionsschwerpunkt im Haushalt sein müssen.
- Für die Wentzingerschulen stehen insgesamt 6 Millionen Euro in beiden Haushaltsjahren bereit; hinzu kommen weitere 5 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung; diese Ansätze gewährleisten, dass wir dieses Vorhaben planmäßig weiter und zu Ende bringen können. Mit 25,9 Millionen Euro ist das Wentzinger das bisher größte Einzelprojekt der Schullandschaft, davon sind bereits 14 Millionen Euro bis 2010 ausgegeben.

- Nach aktuellem Stand des Haushaltsentwurfs 2011/2012 (2,0 Millionen Euro / 1,2 Millionen Euro) wird es möglich sein, den in 2009 begonnenen Erweiterungsbau der Merian-Schule zum Schuljahresbeginn 2012/2013 – wenn auch eingeschränkt – in Betrieb zu nehmen. Auf die Auslagerungen von Klassen in die Container beim Droste-Gymnasium kann dann verzichtet werden. Die Einschränkungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Barrierefreiheit, da der Aufzug zur Erreichung aller Stockwerke noch nicht eingebaut werden kann. Ebenso wird es nicht möglich sein, auch noch – wie ursprünglich vorgesehen – die naturwissenschaftlichen Räume (Chemie und Biotechnologie) zu sanieren bzw. einzubauen.
- Beim Rotteckgymnasium wird der 2. Bauabschnitt in 2012 fertiggestellt werden können. Direkt im Anschluss daran soll mit der Fertigstellung des 3. Bauabschnittes begonnen werden, um die Sanierung Anfang 2013 vollständig abzuschließen. Anders als ursprünglich geplant, werden wir 2 Millionen Euro von den Bauunterhaltungsmitteln dafür zweckgebunden verwenden.
- Beim Augustinermuseum werden die Restmittel aus 2010 und die Landeszuschüsse mit zusammen 1,2 Millionen Euro auf die Planung des II. Bauabschnittes konzentriert, der eher die Funktionsräume, Werkstätten usw. betrifft. Das ist ein Drittel dessen, was wir uns eigentlich für diesen Haushalt vorgenommen hatten. Über den Abbruch des Torhauses kann entschieden werden, wenn die bauliche und finanzielle Abwicklung in den Folgejahren klarer ist, denn es sollte keine Lücke zwischen Abbruch und Wiederaufbau entstehen. Deshalb ist für diesen Teil ein Sperrvermerk vorgesehen.

Wir gewinnen aber „Luft“ bei den Depotflächen, durch das Zentrale Kunstdepot im Gewerbegebiet Hochdorf. Ich bin sehr froh, dass wir in absehbarer Zeit, nämlich ab 2012, die Kunstschatze der Stadt sowie der Stiftung und der Erzdiözese wertbeständig und sicher lagern können und damit Raum gewinnen oder angemietete Depoträume aufgeben können. Für das Museumskonzept ist dies ein großer und wichtiger Schritt. Auch ein Depot fällt unter die Überschrift „Sichern der Substanzen“

- Zur Bühnentechnik im Theater: Für die unstrittig notwendige Erneuerung der technischen Einrichtungen mit einem Gesamtvolumen von rund 13,7 Millionen Euro haben wir ein Konzept, wie die Arbeiten in der spielfreien Zeit gegebenenfalls abschnittsweise stattfinden können. Die Baumaßnahme selbst wird im Eigenbetrieb Theater durchgeführt und in Tranchen über den städtischen Haushalt finanziert. Eine erste Verpflichtungsermächtigung haben wir in Höhe von 6 Millionen Euro für 2013 eingestellt, die restlichen Millionen sind bis 2016 als Zuschuss an den Eigenbetrieb zur Verfügung zu stellen.
  
- Vergleichbar ist auch die unaufschiebbare Sanierung der Einsegnungshalle auf dem Hauptfriedhof. Die Maßnahme hat ein Kostenvolumen von 3 Millionen Euro, die nur zum Teil über den Gebührenhaushalt finanziert werden kann. Eine erste Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro ist für 2013 eingestellt, weitere städtische Zuschüsse in Höhe von jeweils 500.000 Euro sollen in den Jahren 2014 – 2016 folgen.
  
- Und schließlich die Hauptfeuerwache in der Eschholzstraße. Meine Damen und Herren, der Neubaukomplex mit der Integrierten Leitstelle wird planmäßig fertiggestellt und geht im Sommer 2011 in Betrieb. Damit ist ein Teil des Programms geschafft. Was noch vor uns liegt, ist die Sanierung des Altbaus mit den Sozialräumen für die Berufsfeuerwehr. Diesen Bereich mit einer Investitionssumme von rd. 4 Millionen Euro müssen wir allerdings zeitlich strecken. Auch dieser Schritt ist jetzt vertretbar, muss aber in den folgenden Jahren zwingend kommen.
  
- Bei dem Einzelprojekt Sanierungsverfahren Betzenhausen-Bischofslinde – die Umgestaltung der Sundgauallee – gilt der Vorbehalt einer Förderung im Sanierungsprogramm. Falls das Projekt in die Förderung aufgenommen wird, werden wir über die städtische Mitfinanzierung entscheiden. Vorerst sind jedoch keine Ansätze im Haushalt eingestellt.
  
- Bei den Stadtbahnprojekten und der Breisgau-S-Bahn 2020 sind im Haushalt 2011 rund 3,4 Millionen Euro ausgewiesen, 2012 noch 1,7 Millionen Euro. Wir passen unsere Haushaltsansätze dem Finanzplan des ZRF für den weiteren Streckenausbau an. Dieser Finanzplan ver-

deutlich, dass auch die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen vergleichbare Haushaltsprobleme in den Jahren 2011/2012 haben. Wir haben uns daher mit den Landkreisen auf zeitliche Verschiebungen verständigt, vor allem bei der Stadtbahn von der Freiburger Gemarkungsgrenze bis zur Ortsmitte Gundelfingen. Die für die Stadtentwicklung wichtigeren Projekte, insbesondere die Stadtbahnverlängerung Zähringen, die Messelinie und die Stadtbahn Rotteckring mit allen Folgewirkungen für die Umgestaltung der westlichen Innenstadt, bleiben im Plan. Unsere Planungskosten sind weitgehend refinanziert über die zweckgebundenen Stellplatzablösebeträge.

Das sind, meine Damen und Herren, die wichtigsten, aber längst nicht alle Vorhaben, bei denen wir gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung strecken oder zurückstecken müssen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass wir bei den Ansätzen für Investitionen im Vermögenshaushalt und damit auch für das Volumen des Vermögenshaushaltes deutlich hinter den Vorjahren und auch hinter unserer eigenen Planung zurück bleiben.

Wir bringen daher heute eine Reihe von Vorlagen ein, die wünschenswerte und zum Teil auch notwendige Ausgaben beinhalten. Im Bürgermeisteramt sehen wir allerdings unter den derzeitigen Rahmenbedingungen keine Chance, diese Maßnahmen zu finanzieren, ohne damit die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes in Frage zu stellen. Ich möchte daher ausdrücklich der Kollegin Stuchlik und allen Kollegen danken, die sich außerordentlich solidarisch in diese Abwägungsprozesse eingebracht haben.

Wenn wir diese Maßnahmen dennoch zur Diskussion und Abstimmung stellen, dann deshalb, um die finanziellen Engpässe deutlich und transparent zu machen, die es uns unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eben nicht ermöglichen, solche Ausgaben zu tätigen.

Ich nenne von den über 20 Vorlagen stichwortartig folgende:

- Sanierung und Umbau der Reinhold-Schneider-Schule zur Ganztagschule und Erweiterung um eine Kindertagesstätte mit einem Investitionsvolumen von 7,3 Millionen Euro.

- Bau eines sechsgruppigen Kindergartens im Westen unserer Stadt mit einem Finanzvolumen von rund 4 Millionen Euro. Immerhin werden wir Planungsmittel im Doppelhaushalt veranschlagen.
- Bildungsteilhabe und mehr Bildungsgerechtigkeit
- Erweiterung der frühen Hilfen und Kinderschutz
- Nutzung der Räume unter dem Siegesdenkmal im ehemaligen „Z“
- Ersatzbeschaffung der Projektionstechnik für das Planetarium
- Bau eines Kunstrasenplatzes für den FFC

Unabhängig davon wissen wir auch, dass wir mehr Geld benötigen für die Sanierung von Straßen, Wegen und Brücken, unsere Verwaltungsgebäude, aber natürlich auch der Schulen und Kindergärten, sei es in eigener oder fremder Trägerschaft.

Wir können den Aufschub von vielen Maßnahmen auch nur deshalb vertreten, weil wir in den letzten vier Jahren überproportional investieren konnten, u.a. auch dank des Konjunkturprogramms. Jedem aber war klar, dass ein solches Niveau auf Dauer nicht haltbar ist. Aber anders als in 2005 und 2006 und auch im Unterschied zu vielen anderen Städten unserer Größe sprechen wir in Freiburg von Schulen, Kindergärten und Bädern, die gewiss noch nicht alle perfekt sind, von denen aber viele mittlerweile energetisch saniert wurden und inhaltlich und technisch auf einen hervorragenden Stand gebracht worden sind.

Wenn wir die Pauschalen im Vermögenshaushalt zum Teil bis auf 50 Prozent im Verhältnis zum Vorjahr reduziert haben, dann kann dies nur ein vorübergehender Vorgang sein. Deshalb müssen folgende Grundmaximen in den nächsten Jahren gelten:

1. Mehreinnahmen über die zunächst zu erbringende globale Minderausgabe in Höhe von jeweils 6 Millionen Euro hinaus, sollten wir zur Hälfte für die Sanierung der Substanzen und zur anderen Hälfte für die Sanie-

rung der Finanzen, sprich, zur Reduktion der geplanten Verschuldung einsetzen.

2. Die Sanierung der bestehenden Infrastruktur hat Vorrang vor neuen Projekten, investiv wie konsumtiv.

### **Anlage 19: Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen**

Diese Modifizierung des Masterplans gilt vor allem auch, wenn die Steuerschätzung im Mai die derzeit noch angespannte Finanzlage etwas erleichtern sollte. Beide Maximen gelten über den Zeitraum 2011/2012 hinaus, da wir auch bei den Verpflichtungsermächtigungen mit 21,3 Millionen Euro in einem sehr engen Korsett stecken. Auch hierbei wäre es überhaupt kein Problem, diese Zahl problemlos zu verdoppeln, aber wir wissen, dass auch dieses nicht genehmigungsfähig wäre, da wir derzeit auch für die Jahre danach die finanzielle Leistungsfähigkeit noch nicht nachweisen können.

### **Investitionen in die Sport-Infrastruktur**

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle mehrere Investitionsvorhaben und Notwendigkeiten in der Sport- und Freizeitinfrastruktur der Stadt ansprechen. Da ist zunächst einmal die Debatte um ein neues SC-Stadion, die vordergründig nichts mit dem aktuellen Doppelhaushalt 2011/2012 zu tun hat. Gerade das SC-Stadion, das die Öffentlichkeit und vor allem die Medienwelt beschäftigt und bei denen auch eine Erwartungshaltung gegenüber der Stadt geschürt wird.

Wir – der Oberbürgermeister und ich – sind seit einiger Zeit mit dem 1. Vorsitzenden des Sportclubs in Gesprächen. Wir alle wissen um die Schwächen des badenova-Stadions, die sich in drei Punkten zusammenfassen lassen:

- Die Lage mitten in einem Wohngebiet, die verkehrliche Erschließung und die Parkplatzsituation.
- Die Grenzen eines möglichen Ausbaus, die durch den Vergleich mit den Anliegern gesetzt sind.

- Und letztlich die Größe des Spielfeldes, das für internationale Wettbewerbe um einige Meter zu kurz ist.

Es ist erklärter Wille des Bürgermeisteramtes und gewiss auch der Mehrheit des Gemeinderates, dass der SC gute Rahmenbedingungen braucht, um sich sportlich und wirtschaftlich in der Bundesliga behaupten zu können. Dazu hat die Stadt übrigens kräftig beigetragen. Von den insgesamt rd. 25 Millionen Euro, die wir seit 1984, und vor allem seit dem ersten Aufstieg 1993 in das Stadion investiert haben, hat die Stadt aus eigenen Mitteln rd. 10 Millionen Euro eingebracht, ganz zu schweigen von der Unterstützung beim Aufbau der Freiburger Fußballschule

Der Vorstand des SC hat im letzten Jahr von sich aus eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, die zum einen eine Optimierung des bestehenden Stadions vorsah und zum anderen vier Standorte für einen möglichen Neubau benannt hat. Die Überprüfung durch die Verwaltung hat ergeben, dass diese vier Standorte für einen Neubau aus unterschiedlichen Gründen nicht in Frage kommen. Deshalb haben wir dem Sportclub zugesagt, dass wir ihn bei der Suche nach einem geeigneten Gelände innerhalb der Stadt unterstützen. Der Kollege Prof. Dr. Haag prüft in Abstimmung mit dem Sportreferat gerade Möglichkeiten, ob eine solche Fläche, die baurechtlich zulässig wäre, verkehrlich gut liegt und auch mit öffentlichem Nahverkehr erschlossen werden kann, im Stadtgebiet zur Verfügung steht. Darüber hinaus haben wir dem Verein natürlich zugesagt, dass wir offen sind für Überlegungen, einen Neubau z.B. mit einer gewerblichen Nutzung im Rahmen unseres Märkte- und Zentrenkonzeptes zu verbinden, um darüber die Finanzierung zu erleichtern. Solche Modelle sind in der Schweiz, z.B. in Bern, Basel oder Genf, praktiziert worden, aber bisher noch nicht in Deutschland.

Wir sind uns aber im Bürgermeisteramt einig, dass es eine direkte finanzielle Beteiligung der Stadt in Anbetracht der Haushaltslage nicht geben kann. Aber wir sollten jedoch nicht den dritten Schritt vor dem ersten tun, zunächst einmal sind wie gesagt, Flächenalternativen zu erörtern und dann ist abzuwägen zwischen Neubau und Umbau des bestehenden Stadions.

Ohne mich in das Fußballgeschäft einmischen zu wollen, sei allerdings darauf hingewiesen, dass eine Kausalität zwischen Größe, Ausstattung, Komfort und sportlichem Erfolg nicht zwingend ist, denn ansonsten wäre die Hertha aus

Berlin nicht abgestiegen, Borussia Mönchengladbach bräuchte sich in der laufenden Saison überhaupt keine Sorgen zu machen, und der Klassenerhalt von Bielefeld in der zweiten Liga wäre auch gesichert.

Natürlich kann man über Fußball mit vielen Emotionen reden, bezüglich entsprechender Investitionen bedarf es allerdings sachlicher Debatten, die auf der Grundlage von nachvollziehbaren Fakten Entscheidungsgrundlagen ermöglichen.

Das gilt auch für das Thema Eisstadion. Wir haben 2009 gewissermaßen in einer Notoperation die damals drohende Einsturzgefahr des Daches gebannt und durch das eingebaute Stützkorsett die Halle weiterhin benutzbar und bespielbar gemacht. Der Gemeinderat hatte das Bürgermeisteramt beauftragt, konzeptionelle Vorüberlegungen für einen Neubau an anderer Stelle zu entwickeln und dafür mögliche Standorte zu suchen mit einer zeitlichen Perspektive, in einigen Jahren – ab 2015 – ein neues Eisstadion als Ersatz für die Halle Ensisher Straße bauen zu können.

Die Frage nach einem geeigneten attraktiven Standort ist hier allerdings aufgrund der Dimensionen einfacher als bei einem Fußballstadion. Gleichwohl sind auch hier Investitionen in einer Größenordnung von 15 bis 20 Millionen Euro perspektivisch im Haushalt nicht darstellbar.

Wir lassen daher auch untersuchen, inwieweit die derzeitige Halle in Form einer Rundumsanierung optimiert werden kann. Sobald wir diese Ergebnisse vorliegen haben, werden wir diese im ersten Halbjahr den Fachausschüssen vorstellen.

An dieser Stelle darf ich auch noch auf die Überlegung einer Dreifachsporthalle am Berufsschulzentrum Bissierstraße eingehen, die immer wieder Gegenstand der Haushaltsberatungen waren. Auch hier müssen wir, obwohl der Bedarf unstrittig ist, unter Abwägung der Sanierungsmaßnahmen und der finanziellen Möglichkeiten dieses Projekt weiter schieben. Eine solche Dreifachsporthalle wäre nicht nur eine wichtige Grundlage für unser berufliches Schulwesen, sondern natürlich auch ein dringend benötigtes, weiteres Angebot für unsere Vereine.

Von daher freuen wir uns zunächst einmal darüber, dass wir mit der Rotteck-Sporthalle im zurückliegenden Jahr einen Neubau haben abschließen können, und dank der Aktivitäten der Angell-Schulen mit der „Dieter-Wetterauer-Halle“, zumindest für unsere Vereine ein erweitertes Angebot haben.

Erfreulich ist auch, dass wir nach über 10 Jahren Vorlauf nun in diesem Doppelhaushalt mit der Sportanlage „Untere Hirschmatten“ im Rieselfeld beginnen und diese bis Ende 2012 realisiert haben werden. Dies war allerdings nur möglich, indem wir die eigens dafür gebildete Rücklage aus dem Rieselfeldkonto für diese Zwecke auflösen konnten.

Im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung in Zähringen unter dem Stichwort „Zähringer Tor“ ist unabhängig von Art und Umfang der Bebauung eine Einbeziehung des Geländes der Alemannia Zähringen notwendig und sinnvoll. Damit automatisch einher gehen muss, mit ca. einem Jahr Vorlauf, eine Umgestaltung der Sportanlagen in mehreren Abschnitten. Für die Anlegung eines Kunststoffrasenplatzes haben wir daher im Haushalt 2012 rd. 1 Million Euro eingestellt, wie gesagt in Abhängigkeit von entsprechenden Grundstücksverkäufen und einem Bebauungsplan.

Nach der Sanierung des Hallenbads Haslach 2009 werden wir in wenigen Wochen ein vollständig saniertes Westbad mit einem Investitionsvolumen von rd. 10 Millionen Euro wieder der Öffentlichkeit übergeben können.

Im Doppelhaushalt 2011/2012 haben wir den versprochenen Zuschuss für die FT veranschlagt, die ebenfalls im April das Bad im Freiburger Osten wieder öffnen wird, und im Sommer 2011 wird auch das Mineralthermalbad wieder in vollständig neuem Glanz erscheinen, nachdem dort eine Investition von rd. 10,3 Millionen Euro in die Sanierung geflossen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der „sportliche“ Teil der Haushaltsrede ist nur symbolisch für die vielfältigen Abwägungsprozesse, die wir auch in anderen Teilhaushalten bei der Aufstellung vollzogen haben. Wichtig aber ist herauszustellen, dass wir uns mit Nachdruck bemühen, die Voraussetzungen für ehrenamtliche Arbeit in unseren Vereinen, sozialen Gruppierungen, Umweltverbänden, Bürger- und Nachbarschaftsvereinen nachhaltig zu fördern und zu unterstützen. Deshalb hat es trotz der genannten Kassenlage in keinem Bereich Kürzungen unserer laufenden Zuschüsse gegeben.

## **Gesellschaften**

Der Oberbürgermeister hat explizit die Stadtbau, die VAG und badenova als städtische Gesellschaften erwähnt und deren Leistungsfähigkeit dargestellt. Wir können generell feststellen, dass wir mit unseren Gesellschaften inhaltlich für die nächsten Jahre gut aufgestellt sind. Schaut man sich die Wirtschaftspläne und die mittelfristigen Pläne 2011 bis 2015 an, so ist dort ein Investitionsvolumen geplant von über 600 Millionen Euro, konkret für die Jahre 2011/2012 über 270 Millionen Euro. Der Schwerpunkt liegt hier natürlich bei badenova, aber auch der Stadtbau-Verbund setzt nicht nur stadtpolitische, sondern auch konjunkturpolitische Impulse in unserer Stadt. Im Beteiligungsbericht 2010, den wir am 28. Februar 2011 im Hauptausschuss vorberaten, sind die Maßnahmen und Ergebnisse detailliert aufgeführt.

### **Anlagen 20 und 21: Umsatzerlöse und Investitionen städtischer Gesellschaften**

Auch wenn sich die Verlustabdeckung mit rd. 6,6 Millionen Euro pro Jahr auf dem Niveau der Vorjahre bewegt, ebenso wie die Gewinnabführung und Konzessionsabgabe mit zusammen knapp 14 Millionen Euro, so bereitet doch der perspektivische Blick in Richtung Stadtwerke Sorge. Denn die rückläufigen Beteiligungserträge werden nicht ausreichen, um die laufenden Verluste aus den Bädern sowie die höheren Jahresfehlbeträge der VAG auszugleichen. Auch hier gilt, dass der Anstieg des Defizits bei der VAG im Wesentlichen aus steigenden Sanierungsaufwendungen für Fahrzeuge und für die Streckenunterhaltung resultiert, denn die Erhöhung des Leistungsumfangs aufgrund der Investitionen wirkt sich erst ab dem Geschäftsjahr 2014 aus. Daher ist auch hier angezeigt, den Konsolidierungsprozess weiterzuführen. Auch von den rd. 230 zusätzlichen Arbeitsplätzen in unseren Unternehmen in der Spanne 2007 zu 2011 entfallen rd. 150 auf die badenova und 50 auf die VAG. Beide Unternehmen werden ihren Restrukturierungsprozess weiterführen müssen, um letztendlich eine bessere Wettbewerbsfähigkeit für badenova bzw. Marktfähigkeit der VAG unter Beweis zu stellen.

## **Neues Kommunales Haushaltsrecht**

In unseren Gesellschaften haben wir seit jeher das System der doppelten Buchhaltung mit Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, sprich eine kaufmännische Buchführung, die wir unter dem Stichwort „Neues kommunales Haushaltsrecht“ ab 2015 auch als Ersatz des derzeit vorletzten kameralen Haushaltes umsetzen wollen. Dann gilt es sich hier mit Begriffen wie Ressourcenverbrauch als Ergebnis von Aufwand und Ertrag und Abschreibungen auseinander zu setzen. Wir werden uns natürlich auch an ein komplett anderes Layout gewöhnen müssen. Viel wichtiger als das Layout sind jedoch die inhaltlichen Veränderungen die letztendlich zu mehr Transparenz, Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit unseres Handelns führen sollen. In der gemeinsamen Klausurtagung von Gemeinderat und Verwaltung ist etwas von dieser Herausforderung deutlich geworden, und ich bin allen Mitgliedern des Gemeinderats dankbar, die sich mit hoher Motivation und Interesse bei der Diskussion eingebracht haben, die wir in der Projektgruppe in den nächsten Jahren auch brauchen können.

Die zentrale Aufgabe heißt, den Doppelhaushalt 2015/2016 nach den Grundsätzen des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens mit der doppelten Buchführung umzustellen und später einen konsolidierten Jahresabschluss unter Berücksichtigung der Jahresabschlüsse der städtischen Beteiligungen bis zum Jahre 2018 aufzustellen. Erst dann werden wir wirklich einen vollständigen Überblick haben, so hoffe ich jedenfalls, über die Situation des „Konzern Stadt“.

Um eine solche Herausforderung zu meistern, bedarf es eines langen Atems, denn wir tauschen quasi das Kernstück einer Verwaltung, sprich den Motor, bei voller Fahrt aus und hoffen, dass das Tagesgeschäft dabei nicht ins „Stottern“ gerät.

## **Beteiligungshaushalt**

Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt wird der zweite Freiburger Haushalt sein, den wir mit einem Beteiligungsverfahren für die Bürgerschaft begleiten. Das damals sehr aufwändige Verfahren wurde entsprechend dem Votum des Gemeinderates neu konzipiert. Es bleibt als wichtiger Baustein die bereits erwähnte Bürgerumfrage, die jetzt wertvolle Hinweise dazu gibt, wel-

che Themen mit welcher Priorisierung für die Menschen im Haushalt wichtig sind. Es bleibt weiterhin die online-Plattform, die ab jetzt, mit der Einbringung des Entwurfs startet. Ab heute, sind alle Daten, der Haushaltsentwurf und die Ergebnisse der Bürgerumfrage im Internet. Die Bürgerinnen und Bürger können sich informieren und eigene Beiträge bis zum 8. März einbringen. Über die Ergebnisse werden wir bei der 2. Lesung berichten.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Veränderung ist jedoch, dass diesmal das Beteiligungsverfahren auf der Basis der aktuellen Zahlen dieses Entwurfs durchgeführt wird, statt wie vor zwei Jahren auf der Basis des vorangegangenen Haushalts. Vor allem die online-Plattform ist ein Angebot, gewissermaßen direkt den eigentlichen Beratungen vorgeschaltet, der Bürgerschaft eine Stimme zu geben und diese Meinungen auch direkt einzuspeisen. Die letzte Entscheidung bleibt allerdings Sache des Gemeinderats.

### **Schlusswort**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir drei Betrachtungen außerhalb der aktuellen Datenlage eines Haushaltes.

Erstens: Wir werden im laufenden Jahr mit sehr viel Aufwand die Zensus-Befragung in unserer Stadt durchführen, quasi auf Stichprobenbasis einer Volkszählung, und wir wissen auch, dass wir als Ergebnis eine deutliche Korrektur unserer amtlichen Einwohnerzahlen erfahren werden. Hier wird es darauf ankommen, in den nächsten Jahren mit den anderen Universitätsstädten in Baden-Württemberg und vor allem mit der Landesregierung einen Weg zu finden, wie die Korrekturen im Finanzausgleich abgedeckt werden können. Jeder statistische Einwohner weniger mindert unsere Einnahmen um rd. 1.500 Euro pro Jahr, also 20.000 Einwohner weniger bedeuten am langen Ende rund 30 Millionen Euro weniger Einnahmen pro Jahr.

Ein zweites Thema wird uns in absehbarer Zeit auch intensiv beschäftigen, nämlich die vom Verfassungsgericht eingeforderte Reform der Grundsteuer. Bis Ende 2012 ist der Bundesgesetzgeber aufgefordert, die als verfassungswidrig eingestufte Zugrundelegung von Einheitsbewertungen der Gebäude aus den Jahren 1964 bzw. 1937 zu korrigieren. Auch hier können wir nur poli-

tisch einfordern, dass diese notwendige Reform nicht zu Lasten der Kommunaleinnahmen geht. Dies gilt im übrigen auch, für all die Themen die immer noch unter der Überschrift „Steuerreform“ auf Bundesebene diskutiert werden.

Für den Bundes- und Landeshaushalt, wie aber auch für unseren Doppelhaushalt 2011/2012 gilt: Die Lage ist ernst, sehr ernst, aber im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen, nicht hoffnungslos. Manchmal hilft ja auch beten!

Und deshalb drittens: Wenn im Herbst diesen Jahres hunderttausende Menschen nach Freiburg kommen werden, um dies gemeinsam mit dem Papst zu tun, dann sollten wir uns uneingeschränkt über dieses historische Ereignis freuen und uns als gastfreundliche Stadt erweisen.

Hoffen, beten und erwarten ist das eine. Was wir allerdings alle sollten – nämlich gemeinsam daran arbeiten, unsere Stadt nachhaltig und verantwortbar zu gestalten – dazu bieten die jetzt anstehenden Haushaltsdebatten sicherlich eine hervorragende Grundlage.

Nach den Erfahrungen von inzwischen fast 18 Jahren im Amt und beim zehnten Doppelhaushalt als Freiburger Finanzbürgermeister bin ich davon überzeugt, dass uns dies hervorragend gelingen wird, und dass wir am Ende auch ein für ganz Freiburg gutes Ergebnis verabschieden werden.

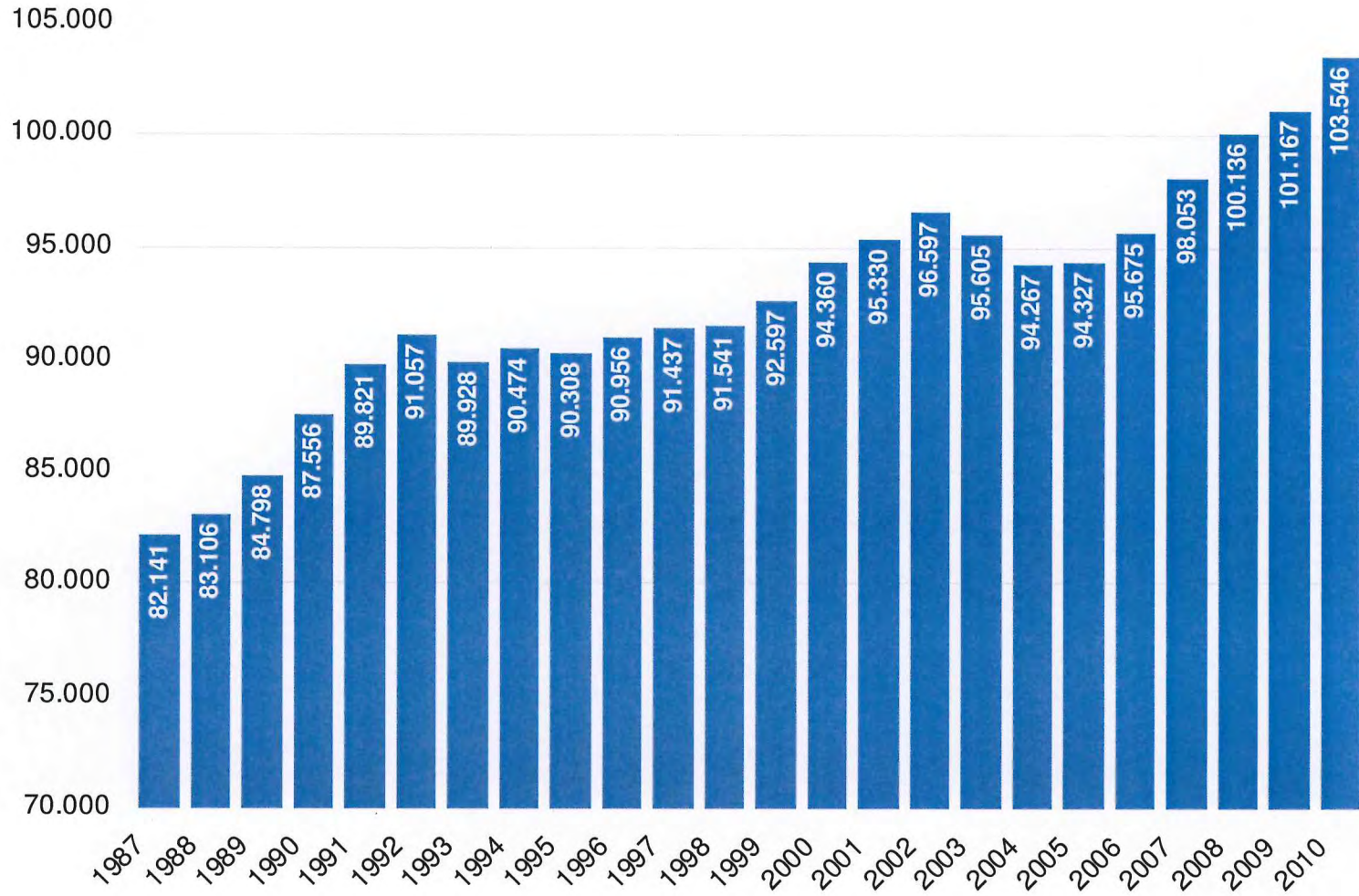
Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

1. Beschäftigte 1987-2010  
*Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten*
2. Arbeitslosenquote Dezember 2010 (Bundesländer und Region)  
*Arbeitslosenquote in % aller zivilen Erwerbspersonen  
(Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige)*
3. Beschäftigte 1987-2010  
*Entwicklung in den Stadtkreisen und Land in % (absolut)*
4. Eckwerte Doppelhaushalt 2011/2012
5. Entwicklung der Eckwerte des Haushaltes (in Tausend Euro)
6. Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs (in Tausend Euro)
7. Entwicklung der Gewerbesteuer in Freiburg i.Br. (in Mio. Euro)
8. Schlüsselzuweisungen (in Mio. Euro)
9. Einkommensteueranteil (in Mio. Euro)
10. Entwicklung der freien Rücklage jeweils zum Jahresende (in Tausend Euro)
11. Entwicklung des Schuldenstandes 1992 - 2012 (in Tausend Euro)
12. Wichtige Investitionen (ohne Schulen und Stadtbahnen)
13. Investitionen im Bereich Schulen (Einzelplan 2)
14. Investitionen im Bereich Stadtbahnen
15. Entwicklung der Personalkosten vom Haushaltsjahr 2000 bis 2012  
(in Mio. € - ab 2011/2012 Planansätze)
16. Entwicklung der Personalkosten 2000 - 2012 (in Mio. Euro)
17. Entwicklung der Stellen vom Doppelhaushalt 2003/2004 bis Entwurf Doppelhaushalt 2011/2012
18. Reinaufwand im Sozialbereich 2000 - 2012
19. Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen im Doppelhaushalt 2011/2012

20. Umsatzerlöse bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)
21. Ausgaben für Investitionen und Aufwendungen für Instandhaltungen bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)

# Beschäftigte 1987-2010

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

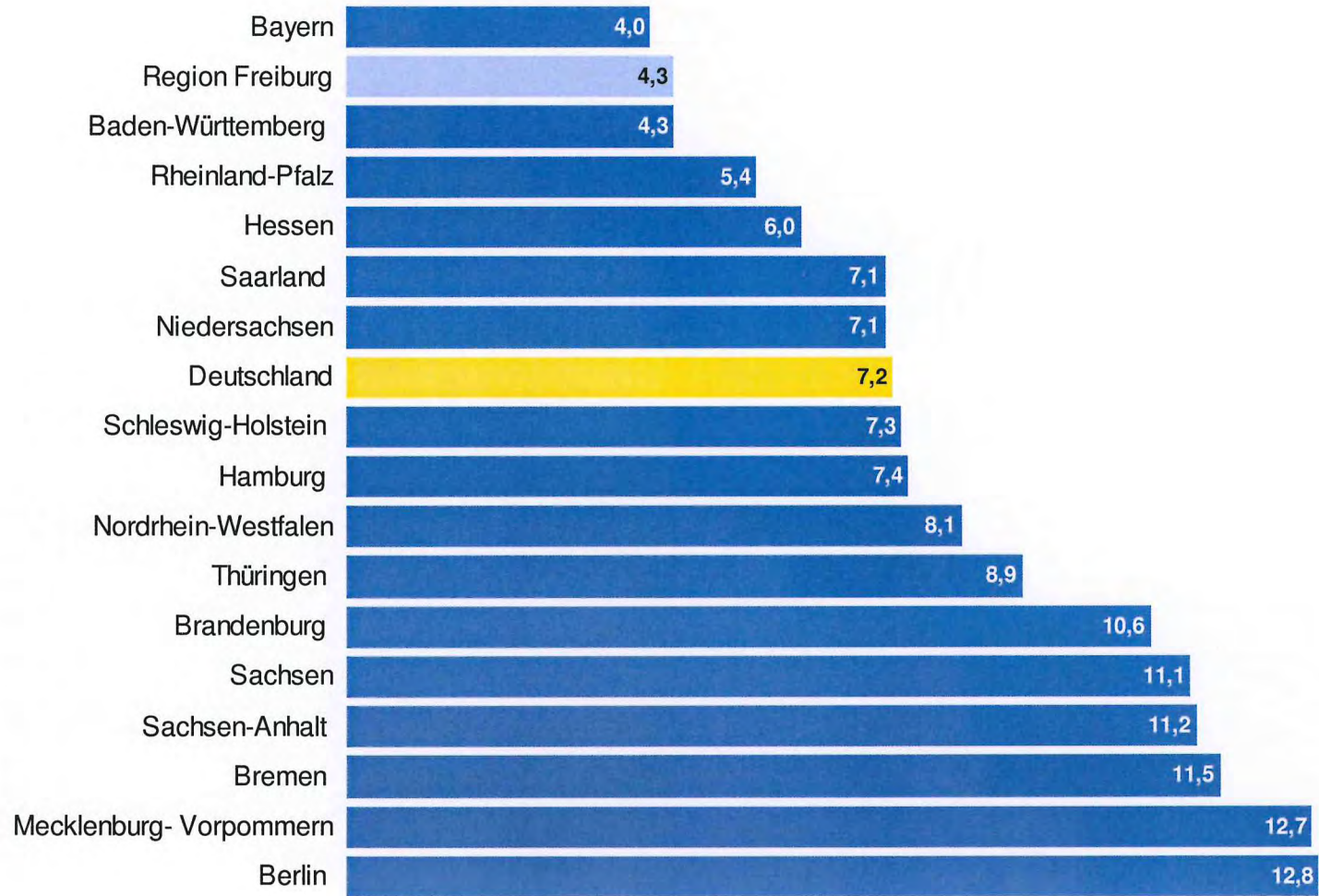


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung. Stand jeweils zum 30.06.



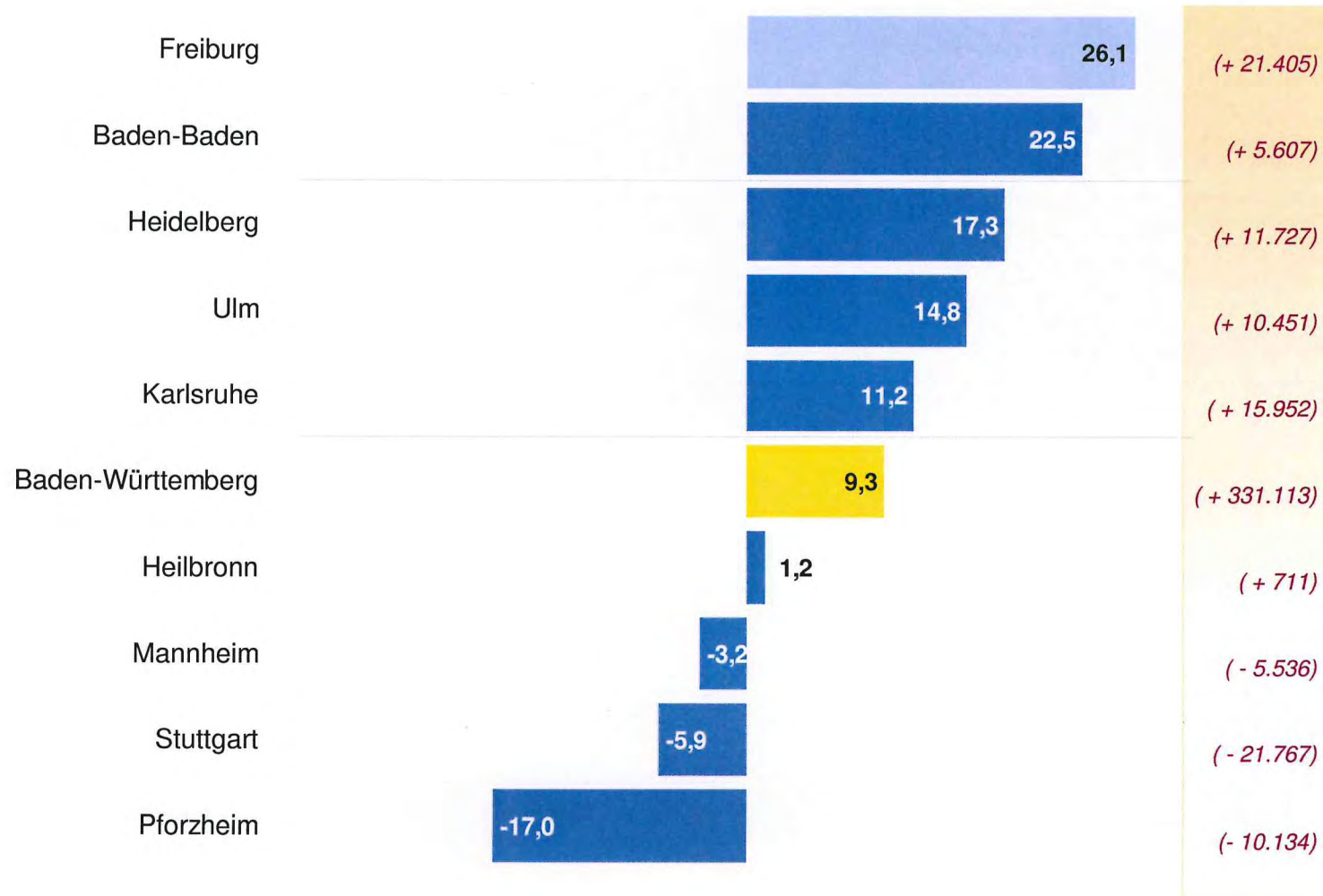
# Arbeitslosenquote Dezember 2010

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige)



# Beschäftigte 1987-2010

Entwicklung in Stadtkreisen und Land in % (absolut)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung und Berechnungen, Stand SVB jeweils zum 30.06.

## Eckwerte Doppelhaushalt 2011/2012

	2011 in Tausend Euro	2012 in Tausend Euro
Volumen Verwaltungshaushalt	702.600	714.150
Volumen Vermögenshaushalt	107.540	86.700
Allg. Zuführung a. d. Verwaltungshaushalt	10.140	10.420
Mindestzuführung	9.913	10.200
Ersatzdeckungsmittel	20.053	20.620
Tilgungen	9.913	10.200
Kreditaufnahme	24.900	35.180
Nettokreditaufnahme	14.987	24.980
Quelle: Stadtkämmerei		

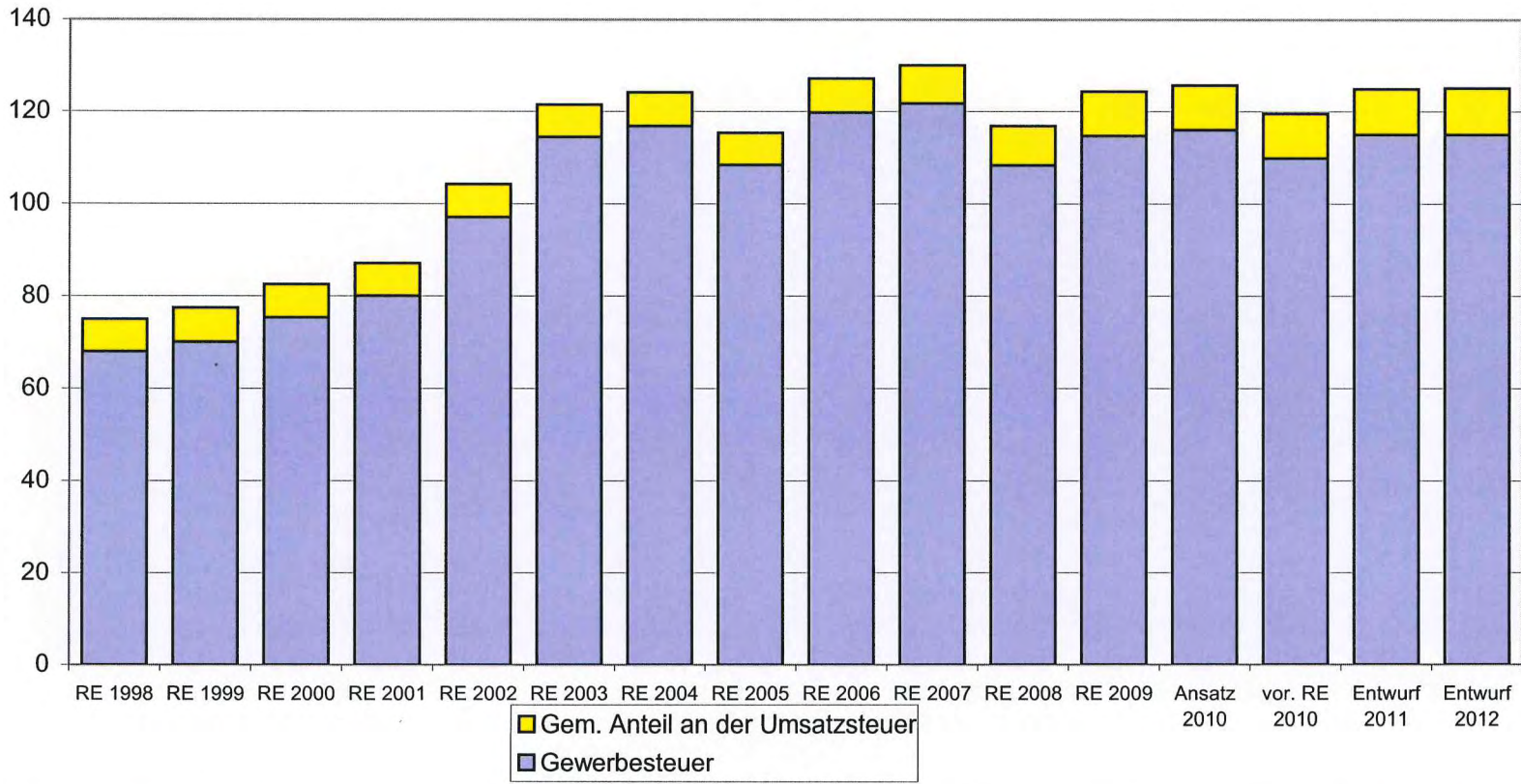
## Entwicklung der Eckwerte des Haushaltes (in Tausend Euro)

	2004 Rechnungs- ergebnis	2005 Rechnungs- ergebnis	2006 Rechnungs- ergebnis	2007 Rechnungs- ergebnis	2008 Rechnungs- ergebnis	2009 Rechnungs- ergebnis	2010 Ansatz	2011 Entwurf	2012 Entwurf
<b><u>Verwaltungshaushalt</u></b>									
Bruttovolumen	523.883	553.265	573.517	652.897	699.644	708.357	704.530	702.600	714.150
<b>Nettovolumen</b>	<b>486.593</b>	<b>508.337</b>	<b>508.641</b>	<b>507.247</b>	<b>521.265</b>	<b>550.037</b>	<b>580.387</b>	<b>583.978</b>	<b>594.581</b>
<b>Fehlbetrag zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes</b>									
	11.556	24.449	0	0	0	0	0	10.140	10.420
<b>Allgemeine Zuführung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>19.051</b>	<b>51.757</b>	<b>63.418</b>	<b>43.228</b>	<b>8.580</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Ersatzdeckungsmittel	20.972	34.278	0	0	0	0	1.473	20.053	20.620
<b><u>Vermögenshaushalt</u></b>									
Bruttovolumen	63.182	104.075	108.496	143.028	181.517	118.088	134.820	107.540	86.700
<b>Nettovolumen</b>	<b>57.571</b>	<b>72.817</b>	<b>63.156</b>	<b>76.432</b>	<b>99.701</b>	<b>79.794</b>	<b>94.476</b>	<b>73.538</b>	<b>58.686</b>
<b>Anteil Investitionsausgaben</b>	<b>36.124</b>	<b>37.751</b>	<b>52.057</b>	<b>60.514</b>	<b>70.692</b>	<b>67.014</b>	<b>90.192</b>	<b>50.230</b>	<b>34.581</b>
<b><u>Gesamthaushalt</u></b>									
Bruttovolumen	587.065	657.340	682.013	795.925	881.161	826.445	839.350	810.140	800.850
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>0</b>	<b>3.951</b>	<b>2.420</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>14.988</b>	<b>24.981</b>
<b>Nettovolumen</b>	<b>544.164</b>	<b>581.154</b>	<b>571.797</b>	<b>583.679</b>	<b>620.966</b>	<b>629.831</b>	<b>674.863</b>	<b>657.516</b>	<b>653.267</b>

### Entwicklung wichtiger Steuern und des Finanzausgleichs in Tausend Euro

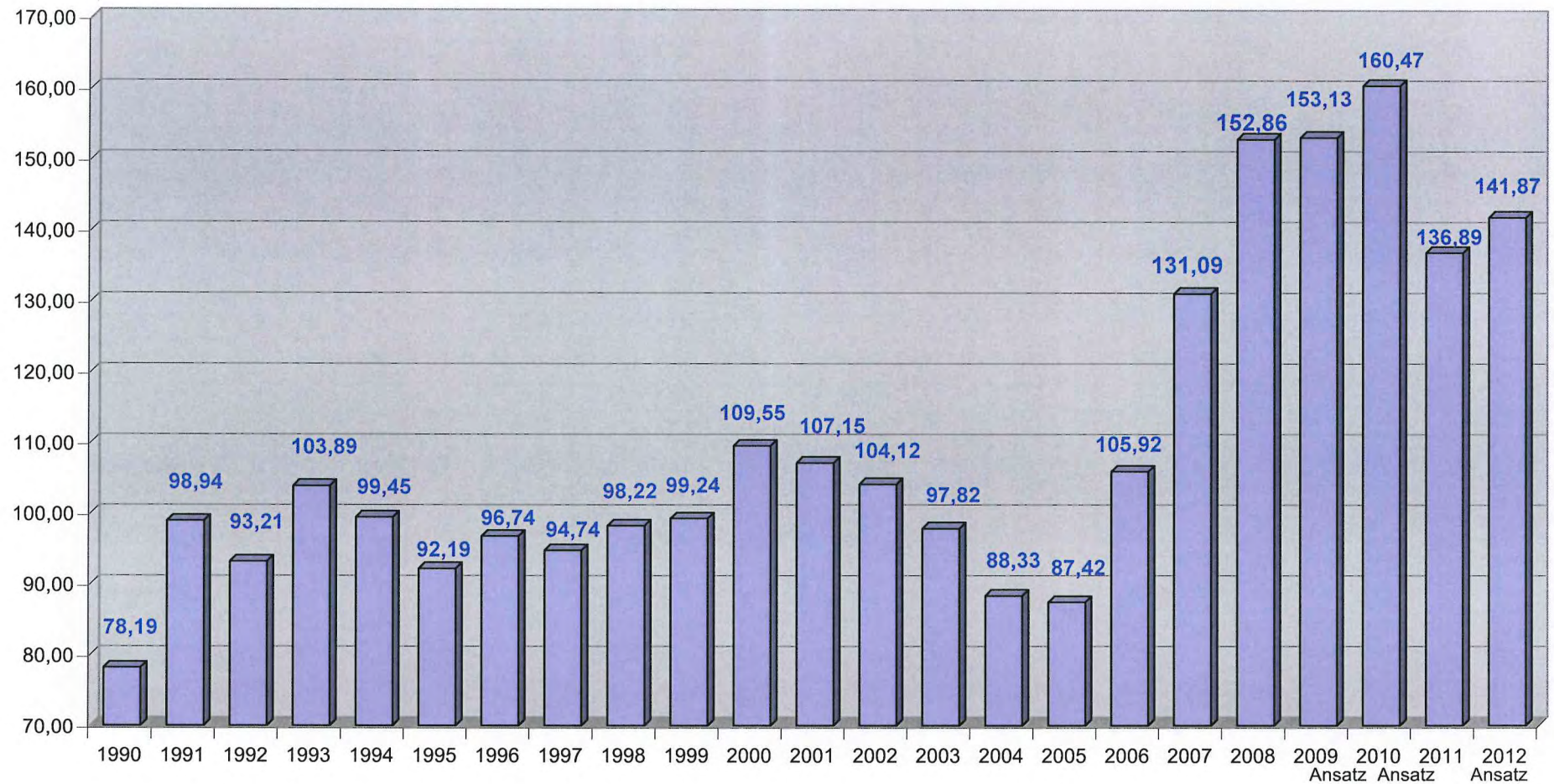
	RE 2005	RE 2006	RE 2007	RE 2008	RE 2009	vor. RE 2010	Entwurf 2011	Entwurf 2012
<b>Finanzausgleich</b>	87.423	105.918	131.085	152.856	153.128	171.119	136.890	141.870
<b>Gewerbsteuer (brutto)</b>	108.367	119.734	121.738	108.268	114.721	109.818	115.000	115.000
<b>Gewerbsteuerumlage</b>	24.611	22.395	23.381	15.800	18.265	20.666	20.125	20.125
<b>Gewerbsteuer (netto)</b>	83.756	97.339	98.357	92.468	96.456	89.152	94.875	94.875
<b>Grundsteuer</b>	35.451	36.341	43.758	45.081	45.014	45.162	45.480	45.780
<b>Gemeindeanteil an der Einkommensteuer</b>	53.588	59.636	66.856	75.205	68.892	68.677	67.450	70.830
<b>Grunderwerbsteuer</b>	11.933	14.585	16.242	15.509	12.389	14.611	15.000	15.000
<b>Summe (brutto)</b>	296.762	336.214	379.679	396.919	394.144	409.387	379.820	388.480

**Entwicklung der Gewerbesteuer in Freiburg i. Br. (in Mio. Euro)**

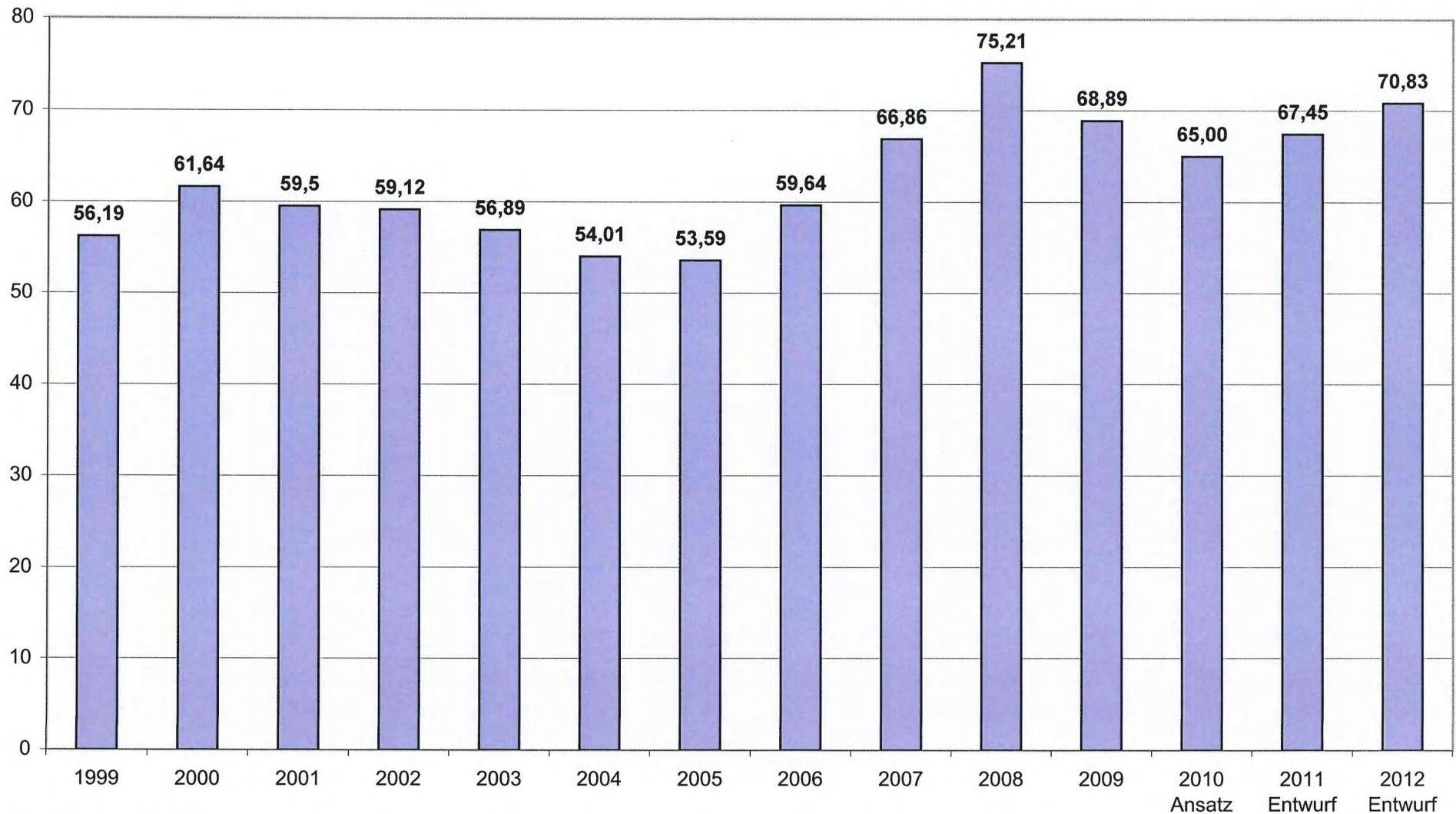


Quelle: Stadtkämmerei

## Schlüsselzuweisungen (in Mio. Euro)

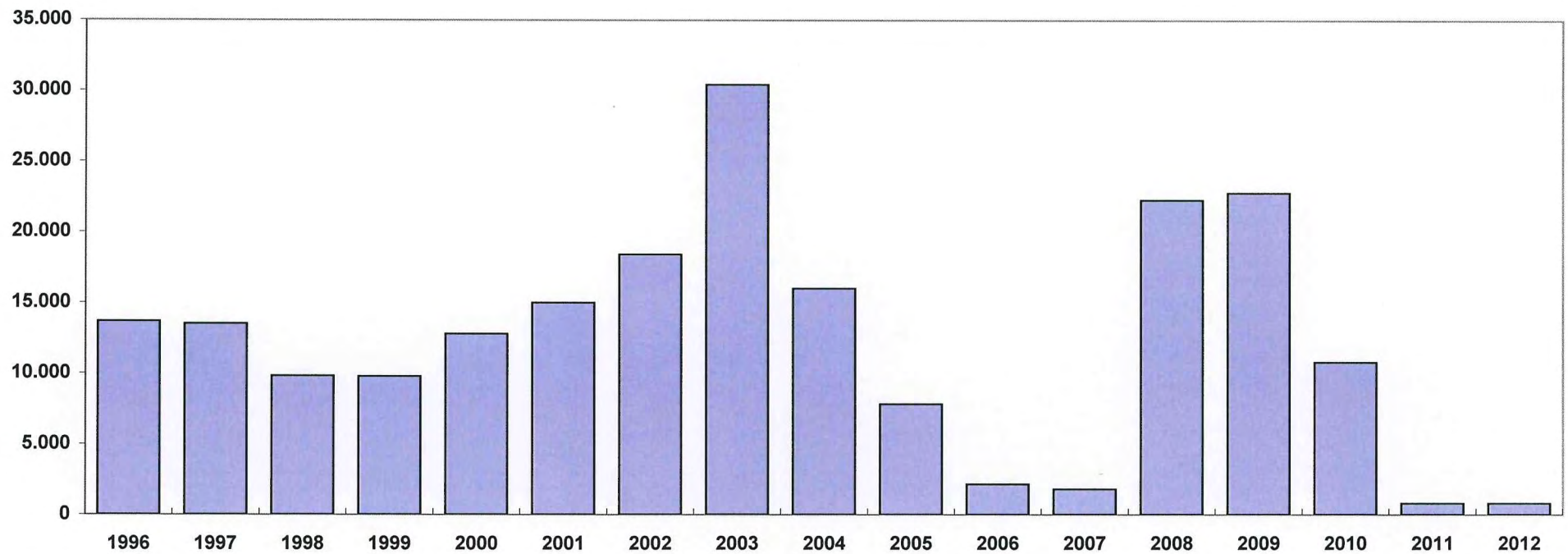


## Einkommensteueranteil (in Mio. Euro)



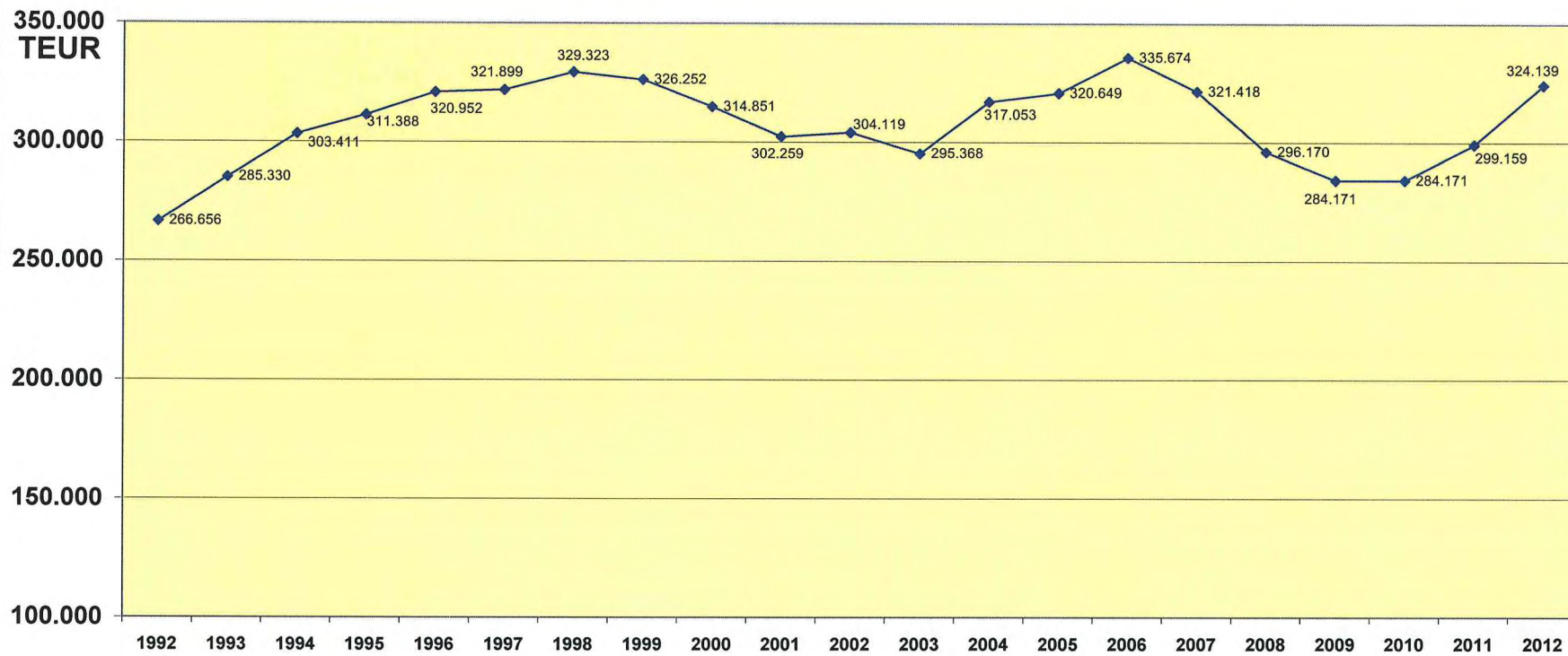
Quelle: Stadtkämmerei

## Entwicklung der freien Rücklage jeweils zum Jahresende (in Tausend Euro)



Quelle: Stadtkämmerei

### Entwicklung des Schuldenstandes von 1992 - 2012 (in Tausend Euro)



**Wichtige Investitionen (ohne Schulen und Stadtbahnen)**

Maßnahme	Haushaltsansatz 2012 in EUR			Haushaltsansatz 2011 in EUR		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
Zentrale EDV-Ausstattung und IT-Infrastruktur	450.000	0	450.000	430.000	0	430.000
Neubau Gerätehaus und Erweiterung Feuerwache mit Leitstelle	200.000	211.360	-11.360	2.990.000	795.740	2.194.260
Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge und -geräte	1.224.000	474.000	750.000	200.000	0	200.000
Gesamtsanierung Augustinermuseum	950.000	600.000	350.000	280.000	731.000	-451.000
Investitionszuschüsse für Pflegeheime	280.150	0	280.150	665.710	0	665.710
Neubau Kindertageseinrichtung Urachstraße 40	0	0	0	650.000	0	650.000
Investitionszuschüsse für Sanierung von Kindertageseinrichtungen	400.000		400.000	400.000	0	400.000
Investitionszuschüsse für Sanierung Hallenbad FT	250.000	0	250.000	1.000.000	0	1.000.000
Neukonzeption Sportanlagen TSV Alemannia Zähringen	900.000	0	900.000	100.000	0	100.000
Freizeit-Sportanlage Hirschmatten (Restabwicklung Rieselfeld)	1.139.000	284.000	855.000	1.895.000	0	1.895.000
Pauschalbetrag für Kinderspielplätze	300.000	0	300.000	300.000	0	300.000
Energiesparpauschale	700.000	0	700.000	700.000	0	700.000
Brandschutzpauschale	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000
Sanierungsmaßnahme "Weingarten-West"	1.865.500	0	1.865.500	1.634.000	29.400	1.604.600
Pauschalbetrag für Wohn-, Industrie- und Gewerbegebiete	1.550.000	0	1.550.000	1.550.000	0	1.550.000
Sanierung Stühlinger Brücke	500.000	0	500.000	250.000	0	250.000
Pauschalbetrag für Straßenerneuerung	750.000	0	750.000	750.000	0	750.000
Pauschalbetrag für Brückensanierung	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000
Planung Stadttunnel (Vorfinanzierung)	1.455.000	0	1.455.000	1.235.000	0	1.235.000
Vierstreifiger Ausbau Heinrich-von-Stephan-Straße	1.100.000	1.500.000	-400.000	2.310.000	1.500.000	810.000
Sanierung Straßenbeleuchtung	1.500.000	1.000.000	500.000	1.900.000	1.100.000	800.000
Sanierung E-Werk	0	0	0	644.800	120.000	524.800
	<b>17.513.650</b>	<b>4.069.360</b>	<b>13.444.290</b>	<b>21.884.510</b>	<b>4.276.140</b>	<b>17.608.370</b>

## Investitionen im Bereich Schulen (Einzelplan 2)

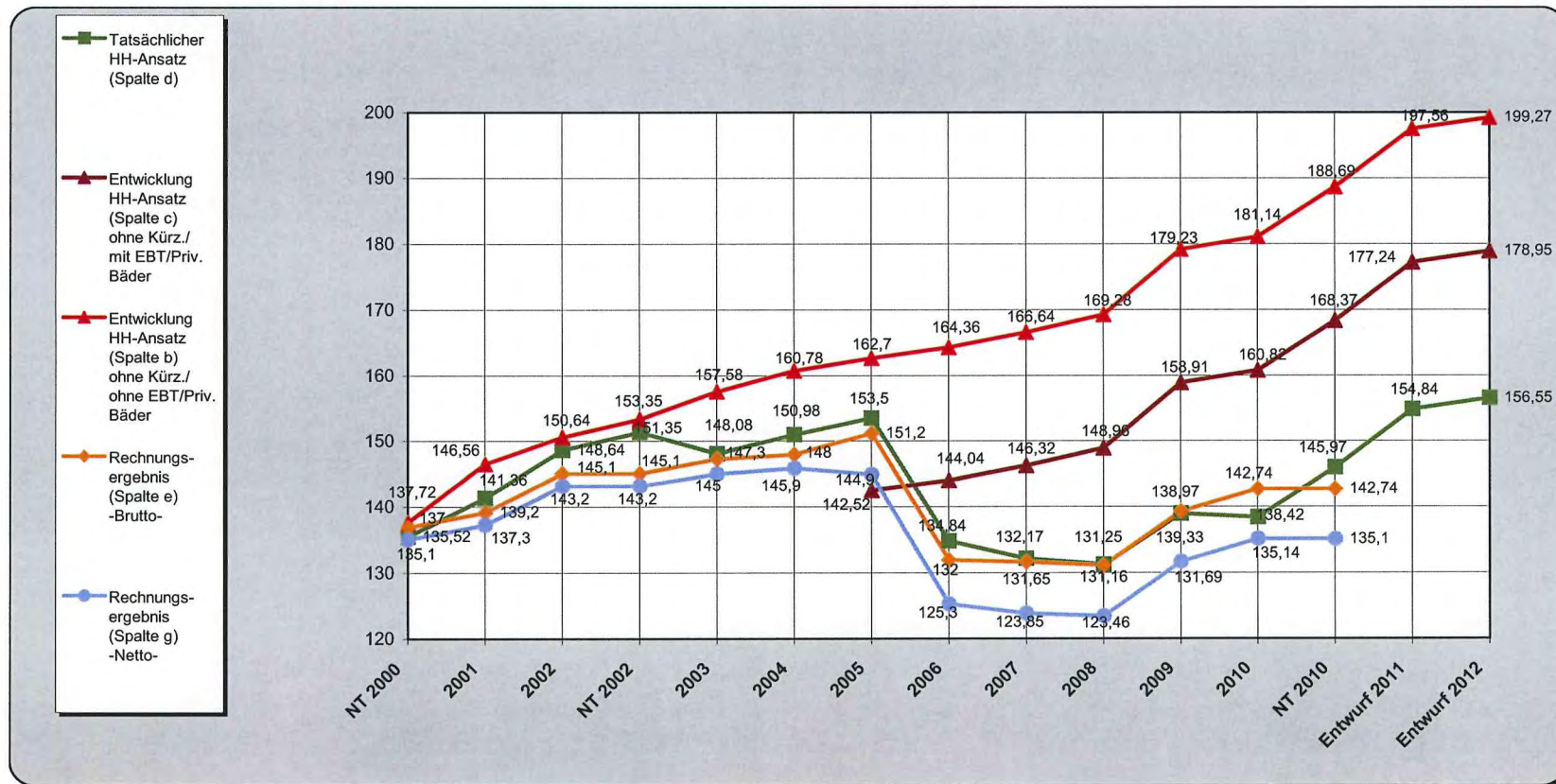
Maßnahme	Haushaltsansatz 2012 in EUR			Haushaltsansatz 2011 in EUR		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
Pauschale Altbauschulsanierung	500.000	0	500.000	500.000	0	500.000
Sanierung Rotteck-Gymnasium	1.071.000	0	1.071.000	3.280.000	0	3.280.000
Sanierung Theodor-Heuss-Gymnasium	0	76.000	-76.000	3.180.000	150.000	3.030.000
Wentzinger-Schulen	2.480.000	0	2.480.000	4.130.000	100.000	4.030.000
Neubau Sporthalle Rotteck-Gymnasium	0	200.000	-200.000	240.000	400.000	-160.000
Walther-Rathenau-/Richard-Fehrenbach Gewerbesch.	0	0	0	650.000	0	650.000
Sanierung / Erweiterung Merianschule	1.640.000	500.000	1.140.000	2.000.000	500.000	1.500.000
Maßnahmen in vorhandenen Einrichtungen	1.739.980	0	1.739.980	2.007.980	0	2.007.980
<b>Summe</b>	<b>7.430.980</b>	<b>776.000</b>	<b>6.654.980</b>	<b>15.987.980</b>	<b>1.150.000</b>	<b>14.837.980</b>

Quelle: Stadtkämmerei, Stand: Januar 2011

## Investitionen im Bereich Stadtbahnen

Maßnahme	Haushaltsansatz 2012 in EUR			Haushaltsansatz 2011 in EUR		
	Ausgaben	Zuschüsse	Netto	Ausgaben	Zuschüsse	Netto
<b>Planung von Stadtbahnprojekten:</b>						
Stadtbahnverlängerung Zähringen	200.000	200.000	0	200.000	200.000	0
Stadtbahn Messe I zw. Fehrenbachallee/Messe	120.000	120.000	0	175.000	100.000	75.000
Stadtb. Kronen-/Werthmannstr./Rotteck-/Friedrichring	330.000	80.000	250.000	300.000	0	300.000
Stadtbahn Waldkircher Straße	150.000	0	150.000	150.000	0	150.000
<b>Folgemaßnahmen:</b>						
Umgestaltung und Sanierung Schwarzwaldstraße	0	0	0	550.000	0	550.000
Umgestaltung Rotteck-, Friedrichring, Werthmannstr.	250.000	0	250.000	150.000	0	150.000
Stadtbahnverlängerung Zähringen	100.000	0	100.000	25.000	0	25.000
Habsburger Straße	0	0	0	120.000	0	120.000
<b>Breisgau-S-Bahn (Investitionsumlage an ZRF)</b>	500.000	0	500.000	1.700.000	0	1.700.000
<b>Summe</b>	<b>1.650.000</b>	<b>400.000</b>	<b>1.250.000</b>	<b>3.370.000</b>	<b>300.000</b>	<b>3.070.000</b>
Quelle: Stadtkämmerei						

Entwicklung der Personalkosten vom Haushaltsjahr 2000 bis 2012  
 (in Mio. Euro - ab 2011/2012 Planansätze)



Quelle: Haupt- und Personalamt

## Entwicklung der Personalkosten von 2000 bis 2012 (in Mio. €)

HH-Jahr	Tarif- erhöhung in % - absolut -  bezogen auf das jeweilige HH-Jahr	Entwicklung HH-Ansatz  Wenn keine PK-Kürzungen und keine Ausgliederungen / Privatisierungen (EigB Theater / Sport-Bäder-Bereich) vorgenommen worden wären.  -Brutto-	Entwicklung HH-Ansatz  Wenn keine PK-Kürzungen vorgenommen worden wären, Ausgliederungen / Privatisierungen (EigB Theater / Sport-Bäder-Bereich) aber stattgefunden hätten.  -Brutto-	Tatsächlicher HH-Ansatz  Mit PK-Kürzungen und mit vollzogenen Ausgliederungen / Privatisierungen  -Brutto-	Rechnungs- ergebnis  -Brutto-	Personal- kosten- ersätze	Rechnungs- ergebnis  nach Abzug der Personalkosten- ersätze  -Netto-
Spalte	a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)
<b>NT 2000</b>	2,0%	<b>137,72</b>		<b>135,52</b>	137,00	1,9	<b>135,10</b>
<b>2001</b>	2,4%	<b>146,56</b>		<b>141,36</b>	139,20	1,9	<b>137,30</b>
<b>2002</b>	0,0%	<b>150,64</b>		<b>148,64</b>	145,10	1,9	<b>143,20</b>
<b>NT 2002</b>	0,0%	<b>153,35</b>		<b>151,35</b>	145,10	1,9	<b>143,20</b>
<b>2003</b>	2,4%	<b>157,58</b>		<b>148,08</b>	147,30	2,3	<b>145,00</b>
<b>2004</b>	2,0%	<b>160,78</b>		<b>150,98</b>	148,00	2,1	<b>145,90</b>
<b>2005</b>	0,6%	<b>162,70</b>	<b>142,52</b>	<b>153,50</b>	151,20	6,3	<b>144,90</b>
<b>2006</b>	0,5%	<b>164,36</b>	<b>144,04</b>	<b>134,84</b>	132,00	6,7	<b>125,30</b>
<b>2007</b>	0,5%	<b>166,64</b>	<b>146,32</b>	<b>132,17</b>	131,65	7,8	<b>123,85</b>
<b>2008</b>	Besch: 3,1% Bea: 2,9%	<b>169,28</b>	<b>148,96</b>	<b>131,25</b>	131,16	7,7	<b>123,46</b>
<b>2009</b>	Besch: 2,8% Bea: 3,0%	<b>179,23</b>	<b>158,91</b>	<b>138,97</b>	139,33	7,6	<b>131,69</b>
<b>2010</b>	Besch: 1,45% Bea: 1,20%	<b>181,14</b>	<b>160,82</b>	<b>138,42</b>		7,6	
<b>NT 2010</b>	Besch: 1,45% Bea: 1,20%	<b>188,69</b>	<b>168,37</b>	<b>145,97</b>	(142,74)	7,6	<b>(135,14)</b>
<b>2011 Entwurf</b>	Besch: 1,95% Bea: 2,00%*	<b>197,56</b>	<b>177,24</b>	<b>154,84</b>		8,9	
<b>2012 Entwurf</b>	Besch: 2,25% Bea: 2,00%*	<b>199,27</b>	<b>178,95</b>	<b>156,55</b>		8,9	

\* 2,0% für prognostizierte Besoldungserhöhung

Quelle: Haupt- und Personalamt

## Entwicklung der Stellen vom Doppelhaushalt 2003 / 2004 bis Entwurf Doppelhaushalt 2011 / 2012

### zum jeweiligen Stand Beschlussfassung des Stellenplanes

Zahl der im Haushalt finanzierten Stellen einschl. Personalreserve ohne Eigenbetriebe und ohne Leerstellen (incl. Stellenneuschaffungen)

Doppelhaushalt / Nachtrag	Stellenneuschaffungen		Stellenveränderung durch Ausgliederung und Privatisierung		Stellen- einsparungen	Anrechnung	Anzahl Stellen
DHH 03/04					-16,30		3.105,0
DHH 05/06	18,10		-2,00	zum EBF	-100,50	für 5,5%	
	39,30	durch Verwaltungsreform B.-W.					3.059,8
DHH 07/08			-381,56	zum EB Theater	-1,42	Rückabwicklung von Stellenneu-	
			-53,50	Ausgliederung Bäder	-89,38		2.533,9
<b>Zwischenergebnis 2008</b>	<b>78,40</b>		<b>-437,06</b>		<b>-210,80</b>		<b>2.533,9</b>
lauf. DHH 07/08	1,50	Stellenumschichtung von EigB zu Kernverwaltung					2.535,4
DHH 09/10	38,00	Dezern.übergreifend (Nachwuchsoffensive/Personalreserve ohne Budget)					
	30,63	Stellenanträge aus Einzelstellen			-69,48	im DHH 2009/10	
<b>Zwischenergebnis 2010</b>	<b>70,13</b>				<b>-69,48</b>		<b>2.534,6</b>
Erwartete Änderungen zum DHH 11/12	21,00	Dezern.übergreifend (Leerstellen/Personalreserve ohne Budget)					
	9,00	neues Amt / neues Dezernat					
	67,75	Stellenanträge aus Einzelstellen	-4,50	Ausgliederung Grünflächen	-40,71		
<b>Zwischenergebnis 2012</b>	<b>97,75</b>		<b>-4,50</b>		<b>-40,71</b>		<b>2.587,1</b>
<b>Summe 2003 - 2012:</b>	<b>246,28</b>		<b>-441,56</b>		<b>-320,99</b>		<b>-516,3</b>
<b>Gesamtsumme 2003 - 2012:</b>							
	<b>391,55</b>		<b>-525,56</b>		<b>-361,39</b>		<b>-495,4</b>

Quelle: Haupt- und Personalamt

## Reinaufwand im Sozialbereich von 2000 - 2012

Jahr	Sozialhilfe SGB XII	LWB/KVJS Umlage	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Kosten der Unterkunft SGB II	Kinder- und Jugendhilfe SGB VIII	Gesamt- aufwendungen
2000	36.304.570	18.660.056			12.615.927	<b>67.580.553</b>
2001	34.406.504	18.418.766			13.341.708	<b>66.166.978</b>
2002	33.469.159	21.985.325			15.442.167	<b>70.896.651</b>
2003	31.430.007	24.269.573	3.375.113		16.218.029	<b>75.292.722</b>
2004	32.266.965	28.289.678	5.524.688		18.596.869	<b>84.678.200</b>
2005	34.108.701	2.510.345	11.098.701	22.533.204	18.962.028	<b>89.212.979</b>
2006	31.281.423	2.130.920	12.352.863	23.912.688	18.502.858	<b>88.180.752</b>
2007	31.105.715	1.886.293	13.980.114	23.797.080	19.303.594	<b>90.072.796</b>
2008	30.903.369	804.171	15.268.408	26.070.241	20.418.914	<b>93.465.103</b>
2009	33.105.642	550.549	15.494.767	29.455.454	24.129.284	<b>102.735.696</b>
Nachtrag 2010	34.653.610	812.000	15.953.300	32.604.430	24.909.560	<b>108.932.900</b>
vorläufiges RE 2010	33.794.786	779.289	15.643.473	30.293.974	25.494.679	<b>106.006.201</b>
Entwurf DHH 2011	36.623.570	760.000	17.474.560	29.301.580	25.720.460	<b>109.880.170</b>
Entwurf DHH 2012	37.586.530	920.000	18.711.130	28.282.680	25.319.220	<b>110.819.560</b>

Quelle: Sozial- und Jugendamt

## Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen im Doppelhaushalt 2011 / 2012

Haushaltsstelle			Bezeichnung des Vorhabens	Verpfl. Ermächtigung	davon kassenwirksam	
					2013	2014
2	1310.940000	911	Neubau Gerätehaus u. Erw. Hauptfeuerwache	1.000.000	1.000.000	
2	1310.935000	999	Fahrzeugbeschaffung für Feuerwehr	150.000	150.000	
2	2300.942000	504	Sanierung Rotteck-Gymnasium	1.500.000	1.500.000	
2	2300.942000	505	Sanierung Theodor-Heuss-Gymnasium	1.000.000	1.000.000	
2	2300.942000	507	Sanierung Wentzinger- Schulen	5.000.000	4.500.000	500.000
2	2461.942000	501	Sanierung Merianschule	1.000.000	1.000.000	
2	2810.942000	501	Sanierung Staudinger-Gesamtschule	2.000.000	2.000.000	
2	3310.985000	988	Sanierung Bühnentechnik	6.000.000	3.000.000	3.000.000
2	6010.942100	950	Pauschale für Energiesparmaßnahmen	200.000	200.000	
2	6010.942400	950	Pauschale für Brandschutzmaßnahmen	300.000	300.000	
2	6300.950200	500	Pauschalbetrag f. Wohn-, Industrie- u. Gewerbegeb.	500.000	500.000	
2	6300.950200	535	San. Berliner Allee zw. Sundgaullee/Elsässer Str.	1.040.000	1.040.000	
2	6300.950200	982	Pauschalbetrag für Radverkehrsanlagen	100.000	100.000	
2	6300.950200	984	Pauschalbetrag für Straßenerneuerung	500.000	500.000	
2	6300.953200	986	Pauschalbetrag für Ingenieurbauwerke	500.000	500.000	
2	7510.985000	999	Sanierung Einsegnungshalle Hauptfriedhof	500.000	500.000	
			<b>Summe:</b>	<b>21.290.000</b>	<b>17.790.000</b>	<b>3.500.000</b>

Quelle: Stadtkämmerei

### Umsatzerlöse bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)\*

Städtische Gesellschaften	2009 Rechnungs- ergebnis	2010 Plan	2011 Plan	2012 Plan
<b>Stadtwerke-Konzern</b>	<b>64.597</b>	<b>66.862</b>	<b>70.136</b>	<b>70.684</b>
Stadtwerke Freiburg GmbH	2.412	2.256	4.461	3.884
Freiburger Verkehrs AG	48.023	49.028	49.393	50.412
Flugplatz Freiburg-Breisgau GmbH	277	282	302	308
Abwasser Freiburg GmbH	12.612	14.285	13.300	13.430
Stadtwerke Freiburg Bäder GmbH	1.273	1.011	2.680	2.650
<b>Freiburger Stadtbau-Verbund</b>	<b>81.389</b>	<b>75.027</b>	<b>71.304</b>	<b>100.400</b>
Freiburger Stadtbau GmbH	63.605	57.767	53.772	82.962
Frbg. Kommunalbauten GmbH & Co. KG	11.855	12.239	12.134	12.017
Regio Bäder GmbH	5.929	5.021	5.398	5.421
<b>ASF GmbH</b>	<b>28.125</b>	<b>29.405</b>	<b>28.536</b>	<b>29.087</b>
<b>ASF Solar GmbH &amp; Co. KG</b>	---	<b>60</b>	<b>119</b>	<b>118</b>
<b>Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe</b> <small>ohne Aufwandsersatz Messebetrieb</small>	<b>4.349</b>	<b>3.920</b>	<b>4.087</b>	<b>4.148</b>
FWTM GmbH & Co.KG (ohne Konzerthaus)	2.563	2.285	2.412	2.473
FWTM GmbH & Co.KG (Konzerthaus)	1.786	1.635	1.675	1.675
<b>Messe Freiburg OTG</b>	<b>15.413</b>	<b>15.176</b>	<b>19.696</b>	<b>21.074</b>
<b>FMMI GmbH</b>	<b>2.852</b>	<b>3.280</b>	<b>4.400</b>	<b>5.000</b>
<b>Umsatzerlöse der Gesellschaften</b>	<b>196.725</b>	<b>193.730</b>	<b>198.278</b>	<b>230.511</b>
nachrichtlich: badenova (Stand: 01/2011)	736.155	722.981	719.075	740.806
<b>Zum Vergleich: Gesamthaus- halt (brutto) der Stadt Freiburg</b>	<b>826.445</b>	<b>839.350</b>	<b>810.140</b>	<b>800.850</b>
Quelle: Stadtkämmerei				

\* Daten der Jahre 2010 bis 2012 gemäss mittelfristiger Finanzplanung 2010-2014

**Ausgaben für Investitionen und Aufwendungen  
 für Instandhaltungen bei einzelnen städtischen Gesellschaften (in Tausend Euro)\***

Investitionsausgaben in Sachanlagen	2009 Rechnungs- ergebnis	2010 Plan	2011 Plan	2012 Plan
Stadtwerke Freiburg GmbH	10	50	100	50
Freiburger Verkehrs AG (mit regional bedeutsamen SB-Projekten) (davon Zuschüsse)	9.904 (4.515)	21.239 (6.090)	19.252 (7.622)	33.271 (11.639)
Freiburger Stadtbau GmbH	28.330	38.170	42.465	35.283
Freiburger Kommunalbauten GmbH & Co.KG	604	4.759	5.541	5.793
ASF GmbH	1.301	1.970	2.160	2.230
ASF Solar GmbH & Co. KG	---	1.160	0	0
FWTM GmbH & Co.KG	333	636	536	510
Messe Freiburg OTG	529	710	760	80
<b>Summe Investitionsausgaben</b>	<b>41.011</b>	<b>68.694</b>	<b>70.814</b>	<b>77.217</b>
nachrichtlich: badenova AG & Co. KG	55.912	64.604	50.832	64.561
Aufwendungen für Instandhaltungen	2009 Rechnungs- ergebnis	2010 Plan	2011 Plan	2012 Plan
Freiburger Verkehrs AG	4.282	4.407	5.468	6.085
Stadtwerke Freiburg Bäder GmbH (Sanierungen)	4.962	5.193	275	400
Freiburger Stadtbau GmbH	11.688	9.579	9.338	9.817
Freiburger Kommunalbauten GmbH & Co.KG	1.466	510	564	576
Regio Bäder GmbH	851	510	603	587
FWTM GmbH & Co.KG	1.150	762	1.091	958
Messe Freiburg OTG	128	60	70	80
ASF GmbH	797	702	705	716
<b>Summe Instandhaltungen</b>	<b>25.324</b>	<b>21.723</b>	<b>18.114</b>	<b>19.219</b>
nachrichtlich: badenova AG & Co. KG	20.015	20.252	20.196	18.831
<b>Summe Investitionen und Instandhaltungen</b>	<b>66.335</b>	<b>90.417</b>	<b>88.928</b>	<b>96.436</b>
<b>Vergleich Vermögenshaushalt Anteil Investitionsausgaben</b>	<b>67.014</b>	<b>90.192</b>	<b>50.230</b>	<b>34.581</b>

Quelle: Stadtkämmerei

\* Daten gemäss mittelfristiger Finanzplanung 2010-2014